

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeilen 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

### Nicht herablassen, sondern hinaufziehen!

Wirke jeder an seinem Platze! Nicht wo wir stehen ist entscheidend, sondern wie wir die Pflichten unserer Stellung erfüllen. Manch einer steht hoch oben auf zackigen Felsenriffen. Die unten beneiden ihn. Er aber fühlt die fröstelnde, kalte Schwere der Verantwortung seines Postens. Er möchte lieber im Tale blühen, in der Masse verschwinden. Wohl ihm, wenn er seine Pflicht nicht vergißt. Er ist nicht für die wogende Masse geschaffen. Gar bald würde ihn die Sehnsucht nach der Höhe, auf die er nicht mehr gelangen kann, geistig sterben lassen. Dieser aber ist es, von unten sich Schritt für Schritt heraufzuarbeiten in die Höhen geistiger und sozialer Vollkommenheit. Das hat noch keinem geschadet. Streben auch wir in unermüdlichem Eifer darnach. Mag uns auf dem Wege auch harte, eisige Luft umwehen; sie ist belebender als verweichelnde laue Winde!

innerhalb der vereinbarten Arbeitszeit leisten kann. Treue und Glaube gilt eben auch im Arbeitsvertrag und wenn man dem Unternehmertum Vorteile abgewinnen will, mag man auf offene, ehrliche Weise, vor allem aber moralisch einwandfrei tun, nicht durch verheuchelte Minderleistung. Zu einer ungesund und schwächere Arbeiter benachteiligenden Ueberanstrengung wird dagegen natürlich auch kein guter Christ einem Arbeiter raten dürfen.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes kann außer der Regulierung des Zugangs der Arbeitszeit, dem passiven Widerstand und der Arbeitszeitminderung in Krisen nur noch wesentlich in Betracht kommen die korporative Arbeitseinstellung. Sie hat vor dem passiven Widerstand und der Arbeitszeitreduktion voraus, daß sie auch in Zeiten guter Konjunktur und nicht nur zur Abwehr des Lohnendrucks, sondern auch zur Durchsetzung positiver Verbesserungen angewandt werden kann. Als vorübergehende Zurückhaltung der „Ware“ Arbeit wirkt der Streik ausgleichend und regulierend auf den Arbeitsmarkt, er macht die Arbeit wieder begehrt und verschafft ihr entsprechend höhere Wertung. Wer daher auf dem Standpunkt steht, daß die Arbeit Wareneigenschaft habe und wer sie gar für die edelste Ware hält, der wird dem Streik die Berechtigung ebensowenig absprechen können, wie jeder gesunden Verkaufspolitik.

Extreme können, davon sprechen wir ja schon, immer die Staatsgewalt unter Strafe stellen, wenn sie dazu Mittel und Wege findet. An der Kartellmacht versagte sie bisher, vielleicht wird sie mit Gewerkschaftsausbreitungen fertig, wenn es bei uns einmal zu solchen kommen sollte. So werden wir dadurch wenigstens die Handhabe haben, auch Syndikate in ihrer volksschädigenden Tendenz zu fassen und das Volk wird dabei sicher nicht den Kürzeren ziehen, denn es kommen mehr Machtmissbräuche auf Arbeitgeber als auf Arbeiterseite vor, schon deshalb, weil das Volk seine eigne Zerstörungspolitik am eignen Leibe am schmerzhaftesten empfinden muß. Ein Kartell kann ohne momentanen Schaden Konsumenten benachteiligen, besonders wenn des Staats Zollpolitik ihm noch hilft, den Auslandsverkauf vorteilhaft zu gestalten, und Einfuhr fremder Ware zu erschweren. Eine Gewerkschaft aber kann nicht Industrien ruinieren, sie spräche sich selbst ja damit das Todesurteil, räumt Ausländern und Lohnbrüchern aller Art das Feld oder triebe die Industriellen ins Ausland, wohin ihnen dann die Arbeiter doch von Haus und Hof weg folgen müßten.

Hören wir nun aber, was unser Verfasser vom Streikrecht sagt:

Zunächst findet er, daß es „natürlich und prinzipiell verkehrt“ sei, die Entscheidung über das Recht der wirtschaftlichen Macht d. h. den freien Interessensorganisationen zu überlassen. Er vergißt dabei, daß seit Jahrhunderten schon wirtschaftliche Prozesse ver Gewaltigend auf das Recht einwirkten und so eine Rechtsordnung zustande gekommen ist, welche in vielen und gerade hauptsächlich Dingen ein Spiegelbild kapitalistischer Machtverhältnisse geworden ist. Die Arbeiter sind unstreitig heute noch die wirtschaftlich Schwächeren; die Kapitalisten die Stärkeren und darüber ist man sich wohl einig, daß auch bei dem besten Willen gesetzgebender und rechtsbildender Körperschaften doch stets Gesetz und Recht, von denen und nach den Wünschen derer formuliert werden, die im Besitz dieser ökonomischen und sozialen Macht sind. Subjektiv braucht dabei kein einziger Mensch zu kämpfen, nur ist jeder ein Produkt seiner Standesausstattung, die gleichsam mit ihm geboren und groß gezogen worden ist. Ihnen gemäß handelt er mit den Seinigen und so kommt eine volkserfremdete Klassengesetzgebung zustande, der erst wieder ein parlamentarisch mitbestimmendes Volk selber entgegenarbeiten kann.

Dasselbe gilt aber auch für die Entwicklung des Arbeitsverhältnisses, die Rechts- und Moralauffassungen, welche es beeinflussen, und den daraus abgeleiteten jeweiligen Inhalt des Arbeitsvertrags. Allgemeine Gesetzmäßigkeiten, standesübliche Sozialanschauungen drängen den einzelnen Unternehmer, seinen Ar-

beitsvertrag so zu gestalten, daß sein Vorteil dabei einseitig wahrgenommen wird, wenn sich die andere Partei der Arbeiter dem nicht widersetzt. Der Arbeitgeber ist sich dabei keiner bösen, herrischen Handlung bewußt; einmal, weil Alle so verfahren, dann aber auch, weil er sich unter der Gewohnheit des dauernden So-Verfahrens eine ganz eigenartige Herrenmoral angeeignet hat. Christentum und Herrenmoral sind, wiewohl sie sich in der Theorie widersprechen, praktisch häufig in einem Individuum verbunden und der betreffende Herr fühlt sich dabei konfliktlos wohl. Auf Erden spielen eben materielle Dinge eine erhebliche Rolle und sie wirken geistig beeinflussend. So kann auch die bestehende Wirtschaftsordnung stark auf der Menschen Sittlichkeit einwirken und manches zur Gewohnheit machen, was der Mensch, losgelöst vom materiellen Einfluß, niemals aus der christlichen Moral ableiten würde.

Dies einsehend, streben nun auch die Arbeitermassen nach Macht, um so auf die wirtschaftliche, sozialrechtliche und politische Entwicklung einwirken zu können. Die Sozialisten tun dies ganz einseitig, materialistisch. Sie negieren die Bedeutung von Sittlichkeit und Recht, indem sie diese nur für Erzeugnisse der jeweiligen Wirtschaftsordnung halten. Wir dagegen wissen, daß die jeweilige Wirtschaftsordnung rechtsbildend und moralbeeinflussend wirkt, daß das ewige Sittengesetz aber himmelhoch über diesen Alltäglichkeiten des historischen Werdegangs steht. Ziel der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist es nun, wirtschaftliche Macht zu erwerben, um zu moralischem Einfluß zu kommen und damit dieses Einflusses dem christlichen Sittengesetz zur Weltherrschaft zu verhelfen. Herrsche dieses Sittengesetz wieder, darin geben wir Er. ganz recht — aber in richtiger Anwendung auf heutige Verhältnisse — dann wäre eine Norm gefunden, die über die jeweilige Macht geht. Auch heute schon beugen sich die christlichen Gewerkschaften im Gegensatz zu den sogd. willig unter Gesetz und Moral, sie erwerben und nutzen nur soweit wirtschaftliche und soziale Macht, als dies Staatsordnung und Religion zulassen, stehen also durchaus auf dem Boden der heutigen, gewerbe-, konkurrenz- und organisationsfreien Gesellschaftsordnung, gegen die das Christentum ja auch bisher nichts einzuwenden hatte.

Wenn nun aber, wie er meint, die rechtliche Gleichstellung der Arbeitern gegeben würde ohne materielle Machtentfaltung ihrerseits, so wäre ihnen damit doch außerordentlich wenig geholfen. Wir wissen aus Erfahrung, wie wenig papierne Rechte wert sind; Gesetze ohne die durchführenden Organisationsmächte sind fast wirkungslos und ebenso alle Berechtigungen, bis die durch sie beglückten Subjekte auch die Kraft und den geistigen Beistand haben, sie auszunutzen. Deshalb kann uns auch mit den Schiedsgerichten und dem staatlichen Zwangsverfahren so wenig gedient sein. Es würde eben tatsächliche Machtverhältnisse wieder spiegeln resp. die Unmacht unorganisirter Arbeiter gesetzlich sanktionieren und so doppelt drückend machen. Solang wir schwach sind, nützen uns diese Instanzen und des Staats tarifbildende Autorität nichts; wenn wir aber so stark sind, daß sie uns nützen werden, brauchen wir diese fremden, außerberuflichen und daher stets mangelhaft sachkundigen und schwerfälligen Körperschaften nicht mehr. Was wir dann noch nötig haben, und hoffentlich auch der Gesetzgebung abringen werden, wird ein gesetzlicher Schutz des korporativabkommens in seiner jetzigen Form als Privatvertrag sein.

Wenn er gegen die Bildung einer wirtschaftlichen Gegenmacht der Arbeiter gegen den Kapitalismus ist, muß er naturnotwendig auch gegen die letzte Konsequenz der Machtentfaltung, den Streik sein. Damit begnügt er sich nicht, mit allen vernünftigen Sozialpolitikern und Gewerkschaftlern die Streiks für ein Uebel und das friedliche Abkommen für das erstrebenswertere zu halten, er freut sich auch nicht bloß mit uns Allen darüber, daß mehr und mehr die streiklose Verständigung und Tarifbildung an die Stelle des äußerlichen Kampfes tritt, hält vielmehr die Arbeitseinstellung als solche fast ausnahmslos

### Streik und christliche Moral.

Von Fr. Dr. F. Imle.  
II. (Fortsetzung statt Schluß.)

Die Freiheit der Arbeiterkonkurrenz hat es mit sich gebracht, daß auf dem Arbeits- wie auf jedem anderen Warenmarkt gelegentliche Mißverhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage entstehen. Dies ist eben ein Charakteristikum des Warenaustausches im frei kapitalistischen Wettbewerb. Dabei stellt sich meist heraus, daß das Ueberangebot auf Seiten der Arbeiter ist, Arbeitermangel ist relativ seltener. Eine Marktüberfüllung aber bringt Warenentwertung. Was nun? Sollen edle, sogar edelste Waren entwertet werden? Dagegen protestiert das christliche Empfinden und es gebietet, die Gottesgabe Arbeitskraft vor Mißachtung zu bewahren. Wie anders kann dies aber geschehen, als durch eine weise Zurückhaltung des Angebots? Verschiedenartig kann diese von staten gehen. So kann z. B. vorsehend gesorgt werden, daß überfüllte Berufe von Anfang an vor neuer Kräfte geschützt werden; hierzu wirken Lehrlingsstellen, Warnungen der Eltern und Vormünder, Bemühungen der betr. Berufsvereine vor Zugang zu warnen usw. Gegen diese Art einer Bekämpfung des Ueberangebots hat wohl Niemand, auch unser Autor nichts einzuwenden.

Nicht anders liegt die Sache, wenn bereits im Beruf befindliche Kräfte mit ihrer Arbeitsleistung zurückhalten, um so einer Entwertung der Arbeit zu steuern. Durch Arbeitslosenunterstützung wird dies teilweise heute schon in unseren Gewerkschaften, mehr noch in den englischen bewirkt; es ist der sogenannte passive Widerstand, der selbst jenen Leuten im Prinzip christlich erscheinen muß, die unter Christentum das einseitige Leiden und Dulden verstehen. Auch können Arbeitgeber in Zeiten der schlechten Konjunktur eine Arbeitszeitermäßigung durchführen, um so Leute vor der üblichen Erwerbslosigkeit zu schützen, sie wird aber kaum das Arbeiterangebot mindern, vielmehr höchstens verhüten, daß die Krise ein noch höheres Ueberangebot auf Seiten der Proletarier erzeugt. Ähnlich mißts mit Arbeitszeitermäßigungen sein, die auf Arbeiterwunsch durchgeführt und auch nur in Zeiten gewerblichen Rückgangs Verständnis bei den Unternehmern finden werden. Außerdem wird die kürzere Arbeitszeit die Leistungsintensität steigern und so wieder Kräfte zu Ungunsten des Arbeitsmarktes frei machen.

Dem könnte eine Leistungsminde rung der Arbeiter steuern, sie vermöchte überhaupt dasselbe zu erreichen, wie ein offener Streik, nämlich die Entlastung des Arbeitsmarktes; wir hätten sie aber für moralisch unzulässig, d. h. wir sind der Auffassung, daß der Arbeiter treulich zu leisten habe, was er

für verfehlt. Den christlichen Gewerkschaften nimmt er es auf Seite 68 seiner Schrift übel, daß sie in der Streitstatistik kaum hinter den soz. Organisationen zurückstehen und „Wert darauf legen, ihrer Zahl entsprechend in derartigen statistischen Aufmachungen zu kommen.“ Noch schlimmer findet er es, daß wir oft bei solchen Kämpfen Hand in Hand mit den Sozialisten gehen.

Nun, wir rühmen uns unserer Streiks nicht, wiewohl wir uns aus jedem nichtgelingenden Kampf, den das Arbeiterwohl erfordert und der der allgemeinen Volkssache nicht geschadet hätte, einen moralischen Vorwurf machen würden. Friedlich erzielte Erfolge sind uns, weil sie sparsamer waren und keinerlei Schädigung mit sich brachten, lieber als erstrittene, obwohl auch diese unter Umständen ohne jedwede Schädigung der Gegenpartei oder Dritter erworben sein können. Daß wir aber gelegentlich mit den Arbeitern anderer Organisationen im Geiste der Nächstenliebe, Standeshöhe und Kulturarbeit Seite an Seite gerungen haben, darauf sind wir stolz, als auf einen Sieg tatkräftiger Liebe über eigensinnigen Formalismus. Ob sich wohl katholische oder protestantische Soldaten je geschämt haben, mit ungläubigen Kameraden zur Verteidigung des Vaterlandes in der Schlacht zu stehen? Wir glauben eher, daß sie heute noch mit tiefer Ergreifung davon sprechen werden, wie sich hier in höchster Gefahr ein allgemeines Band um sonst getrennte Herzen geschlungen hat. Um das bisschen Einklacht sollte wirklich niemand unsere Arbeiter tadeln, eher darum, daß sie nicht noch weit öfter großzügig und einig waren.

(Schluß folgt.)

### Hinterbliebenen-Versicherung.

Für die Witwen und Waisen der durch Betriebsunfall getöteter Arbeiter, wie auch die Hinterbliebenen der gleichzeitigen zu Tode gekommenen Arbeiterinnen ist durch die Unfallversicherungsgesetze bis zu einem gewissen Grade Fürsorge gewährleistet. Für alle anderen, nicht der Unfallversicherung unterstellten Arbeiter besteht diese Fürsorge gesetzlich nicht. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, ist es für die Angehörigen eines Arbeiters besser, wenn dieser durch Unfall in einem versicherungspflichtigen Betriebe diesem Leben entzogen wird. Sie erhalten dann eine auf dem Boden des öffentlichen Rechts beruhende oft lebenslängliche Unterstützung, was beim Tode durch Krankheit und in der Invalidität nicht der Fall ist.

Da eine große Zahl von Arbeiterhinterbliebenen beim Tode des Ernährers im grauesten Elende zurückbleibt, haben weite Volkskreise und mitführenden Sozialpolitiker längst eine Ausdehnung der gesetzlichen Hinterbliebenenfürsorge gefordert. Im Deutschen Reichstag wurde besonders im Jahre 1888 bei der Beratung des Invalidenversicherungsgesetzes auf die Notwendigkeit einer mehr allgemeinen Hinterbliebenenversicherung hingewiesen. 1890 veranlagte der Reichstag in einer Resolution die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch welchen die Witwen- und Waisenversicherung an die Invalidenversicherung angegliedert werden sollte. Als dann 1902 das Zolltarifgesetz in der Kommission beraten wurde, machten Ab-

geordnete der bürgerlichen Parteien den Versuch, nach dieser Richtung hin etwas praktisches zu erreichen. Es wurde von ihnen beantragt, in das Zolltarifgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach der Mehrertrag aus Lebensmittelzöllen zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden sei.

Dieser Antrag wurde von verschiedenen Seiten sehr unangenehm empfunden, da er die Verwendung der Einnahmen festlegen wollte. Auch die gleichzeitige Veraltung eines Gesetzes über die Witwen- und Waisenversorgung erklärte die Regierung als gänzlich ausgeschlossen. Schließlich fand der Antrag, trotz Widerspruch und Bedenken verschiedener Art Annahme im Reichstag und Ausnahme im Zolltarifgesetz.

Nach § 15 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 ist der auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reichs entfallende Nettozollertrag aus der Einfuhr von Roggen, Weizen und Spelz, Rindvieh, Schafen, Schweinen, Fleisch, Schweinefleisch und Mehl insoweit er den nach dem Durchschnitte der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Nettozollertrag derselben Waren übersteigt, zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden. Die anfallenden Beträge sind für Rechnung des Reichs verzinstant zu legen, als „Hinterbliebenen-Versicherungsfonds.“

Das war einmal eine Tat, welche zur Erreichung des langgestrebten Zieles: Fürsorge für die Witwen und Waisen mittels Staatshilfe endlich führen mußte. Als solche wurde das Vorgehen des Reichstages auch von der gesamten Arbeiterschaft aufgefaßt und begrüßt. „Der Arbeiter“ Organ der kath. Arbeitervereine Süddeutschlands, sprach sich ebenso zustimmend aus wie der „Evangelische Arbeiterbote“. Der letztere, Organ der evangelischen Arbeitervereine Rheinlands u. o. Westfalens, schreibt Ende 1902:

„Aus dem parlamentarischen Leben kommen zwei gute Nachrichten. Der Reichstag hat einen Antrag Trimborn angenommen, wonach die zukünftigen Zolleinnahmen, soweit sie über den Durchschnitt des bisherigen Ertragnisses hinausgehen, zur Fundierung einer Arbeiter-Witwen- und Waisenversorgung dienen sollen. Wenn auch diese Mehreträgnisse sich höchstens auf 80 Millionen Mark belaufen werden, während mindestens das Dreifache erforderlich wäre, so darf man doch nicht, wie nationalliberale Herren, von „sozialpolitischer Kurpfuscherie“ reden. Denn es ist wenigstens damit ein Grund gelegt, auf dem sich weiterbauen läßt, und die Hauptsache ist, daß der Staat endlich der Versorgung der Arbeiterwitwen und Waisen stetig näher tritt, so daß Hoffnung ist, daß nicht mehr wie bisher, mehr als ein Sechstel aller Witwen auf öffentliche oder private Wohltätigkeit angewiesen ist.“

In der sozialdemokratischen Presse las man ähnliches. Hatten doch die Sozialdemokraten im Reichstag, nach den Auslassungen der „Münch. Post“ vom 20. November 1902 „mit glücklichem Instinkt“ für den Zentrumsantrag gestimmt. Der Abgeordnete Ledebour hatte zwar die unsichere Grundlage des Verwendungsgesetzes der *lex Trimborn* bemängelt, dann aber ausgeführt (21. 11. 02.):

„Das kann uns aber nicht hindern, diese Gelegenheit zu benutzen, um überhaupt die Frage der Witwen- und Waisenversicherung in Fluß zu bringen. Wie die Verhältnisse bei uns in Deutschland liegen, ist die gegenwärtige Gelegenheit wohl die einzige, die sich vielleicht auf Jahre hinaus bieten wird, um überhaupt die Witwen- und Waisenversorgung zu regeln.“

Wenn gerade jetzt von sozialdemokratischer Seite das Vorgehen des Reichstags als nichtnützig dargestellt werden soll, so kann auf die vorerwähnten Auslassungen Ledebours berniesen werden; schließlich auch auf das „Hamburger Echo“, das in einer Oktobernummer 1902 dargelegt hat, daß sich eine umfangreiche Witwen- und Waisenversicherung „schon schwer mit einem Schlage schaffen“ lasse, wegen der hohen hierfür nötigen Summen. Dasselbe Blatt verlangt aus diesem Grunde vorerst nur die Bewilligung einer Waisenrente, während die „Münch. Post“, in der Nummer vom 7. November 1907 „als Voraussetzung für eine richtige Witwen- und Waisenversicherung, eine durchgreifende Sanierung der Reichsfinanzen“ bezeichnete.

Inzwischen ist die „Reichsversicherungsordnung“ veröffentlicht und der wesentliche Inhalt derselben auch in der Gewerkschaftspresse bekannt gegeben worden. Das 4. Buch der Versicherungsordnung will nun die Hinterbliebenenversicherung in engster Verbindung mit der Invalidenversicherung regeln. Das ist ein schwieriges Werk und das Deutsche Reich ist der erste Staat der Welt der dieses Problem durch die Gesetzgebung zu lösen sich ansieht. Im Hinblick darauf, und wenn man bei Neu-Einrichtungen von der Tragweite einer Witwen und Waisenversicherung seine Erwartungen nicht zu hoch spannt, wird man die Vorschläge der verblüdeten Regierungen begrüßen können.

Sie wären jedenfalls für die Hinterbliebenen vorteilhafter ausgefallen, wenn aus den Lebensmittelzöllen höhere Summen angefallen wären. Die diesbezüglichen Erwartungen, etwa 80 Millionen Mark jährlich, haben sich nicht erfüllt. Im Jahre 1906 hat sich, statt des Voranschlags von 22 Millionen und der nachträglich erwarteten 700 000 Mark eine Mehreinnahme aus genannten Zöllen überhaupt nicht ergeben; im Jahre 1907 ist ein Betrag von rund 42 Millionen Mark erzielt worden. Für das Jahr 1908 liegt das Ergebnis noch nicht vor, im Voranschlag sind 53 Millionen eingeplant. Es steht aber zu befürchten, daß diese Summe von Einnahmen nicht erreicht wird.

Bei dem schwankenden Charakter der Zolleinnahmen schlägt nun die Regierung vor, alljährlich einen festen Zuschuß im Reichshaushalt für den genannten Zweck einzustellen, ähnlich wie bei der Invalidenversicherung, zu der das Reich rund 50 Millionen Mark jährlich beisteuert. Es wird vorgeschlagen, den Reichszuschuß auf 50 Mt. für jede Witwen- und jede Witwenrente und auf 25 Mt. für jede Waisenrente jährlich zu bemessen. Außerdem sollen Arbeitgeber und Arbeiter Beiträge leisten, 2 bis 10 Pf. mehr in den einzelnen Lohnklassen der Invalidenversicherung. Trotz dieses Aufwands werden die Bezüge aus der Hinterbliebenenversicherung so gehalten sein, daß in ihnen lediglich eine bescheidene, für den Aufenthalt an billigen Orten eben ausreichende Un-

### Eltern, schüßet eure Kinder! \*

Ihr sorgt für ihr leibliches Wohl! Ihr haltet sie an, etwas Nützliches zu lernen. Ihr bemüht Euch, sie zu guten Menschen zu erziehen. Ihr verjucht darum auch, jeden schlechten Umgang von ihnen fernzuhalten. Eines aber habt Ihr bisher übersehen. Ihr habt den Umgang mit Büchern zu gering geschätzt. Ihr habt die Wirkung guter und schlechter Geschichten auf den Charakter Eurer Kinder unterschätzt. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß Gesandten der allerhöchsten Sorte, wie: Rick Carter, Buffalo Bill, Fatime Geschichten, Sherlock Holmes, John Wilson, Nat Pinkerton, Bill Canon, Sitting Bull, Patt Conner, Ethel King, Hund um die Welt und Heste ähnlichen Inhalts eine so ungeheure Verbreitung gerade bei Kindern gefunden haben.

Von der Schule wird kräftig gegen die Schmutzliteratur gekämpft. Bisher aber war die Mühe fast vergeblich. Es fehlte der Schule die Unterstützung durch die Eltern. Schule und Haus müssen vereint mit den schärfsten Waffen gegen die schmutzigen Machwerke, welche die Kindesseele vergiften, zu Felde ziehen. Ihr alle wißt, wie sich Kinder, junge Leute und selbst Erwachsene vor Papier- und Zigarrenläden, Zeitungsständen und Kolportagehandlungen zusammendrängen und mit gierigen Blicken die ausgehängten Heste, wie oben angeführt, u. a. m. betrachten.

Und was sehen sie?

„Bilder“, die Umschlagzeichnungen jener Heste, die mit häßlichen, grellen Farben eine aufregende, grobenhafte, meist verbrecherische Szene aus der Geschichte des betreffenden Hestes darstellen. Diese Bilder reizen die Phantasie der Jugend und anderer unerfahrener Menschen so sehr, daß sie die Unmöglichkeit, die Berrlichkeit des Dar-

gestellten gar nicht achten. Den Bildern entspricht der Inhalt jener Heste und Hestchen. Die „Geschichten“ sind eine Anhäufung von Abenteuern, Greuel- und Mordszenen. Der Hauptreiz der Heste besteht darin, daß geprügelt, gefoltert, geschossen oder sonst irgend etwas Aufregendes, meist Verbrecherisches getan wird. Dabei muß natürlich immer Blut fließen. Solche Darstellungen gefallen den nach Taten, nach Spannung, nach lebhafter Handlung verlangenden Gemütern. Die Kinder verschlingen die Heste förmlich, und merken nicht, wie übertrieben, wie verlogen, wie unmöglich die Geschichten sind.

Ueber die Lesewut und die Dummheit der Leser freuen sich die Verfasser, Verleger und Verkäufer der Heste, sie machen ein glänzendes Geschäft mit den Spargroschen Eurer Kinder, denn tausendfach wird ihre schlechte Ware von groß und klein gekauft. Der Schreiber der Geschichten erhält 25-100 Mark und kann in jeder Woche eine solche Schundgeschichte zusammenschreiben. Die Herstellungskosten eines Hestes betragen für den Verleger höchstens 2-3 Pfennig. Ein Berliner Verleger hat jährlich 2 1/2 Mill. Mark an diesem Schund verdient. Der Händler verdient an einem 10 Pf.-Hest mindestens 4 1/2 Pfennig. 8000 Kolportagebuchhandlungen mit einem Heere von 30 000 Kolportageuren ernähren sich durch den Vertrieb ähnlicher Heste. Dieses Geld wird dem Volk aus der Tasche gezogen.

Die Wirkung jener Geschichten ist in raffinierter Weise auf die Reizung natürlicher, gesunder Triebe in unseren Kindern, wie Tatendrang und Abenteuerlust berechnet. Diese Anlagen werden durch die überspannten Schilderungen übermäßig gereizt, und in falsche Bahnen gelenkt. Die Phantasie der Kinder wird überreizt, der Sinn für Wirklichkeit und Wahrheit zerstört. Ihr Geschmaack wird verborben. Die Kinder werden unfähig zum Genuß guter Bücher. Sie werden zerfahren, arbeitsunlustig, ihr innerer Sinn verwildert. Ja, in manchen Fällen werden sie roh und brutal. Davon wissen Schule und Haus-

manches zu berichten. Zwar sind die Folgen nicht immer gleich zu sehen, aber sie stellen sich stets nach längerer oder kürzerer Zeit ein. Wie oft ist der Reiz der Heste so groß gewesen, daß das Geld zum Kaufen derselben auf unrechtmäßige Weise erworben worden ist. Wie manchen schwachen Charakter, oder krankhaft veranlagten jungen Menschen hat das Verlangen dieser elenden Machwerke auf die Bahn des Verbrechens getrieben.

So wird die Tätigkeit der Verfasser, Verleger und Verkäufer dieser Schauer geschichten geradezu zu einem Verbrechen an unserer Jugend. Aufhören wird die Wirkung dieser Heste erst dann, wenn sie keine Käufer mehr finden. Eltern, raift Euch darum auf, dem Unwesen, das Eure Kinder verdirbt, zu steuern.

Sagt Eure Kinder hinaus auf die Spielplätze, daß gesunde, kräftige Bewegungen ihren Tatendrang stillen. Laßt sie in den Ferien Wanderungen machen, daß sie selbst etwas erleben. Das ist viel gesünder, viel wichtiger für die Jugend, als das Stillstehen und Bücherlesen. Wenn sie aber lesen, so seht zu, was sie lesen. Vernichtet die „Schundhefte“, wo Ihr sie nur findet. Belehret die Kinder über die Verlogenheit der in ihnen enthaltenen Geschichten und Bilder. Verlangt auch von den Händlern, daß sie diese Heste aus den Schaufenstern entfernen und sie Euren Kindern nicht mehr verkaufen.

Eltern, es handelt sich um Euer Viehsteck, wörtlich Ihr dereinstens bei Gott Rechenschaft ablegen müßt, um Eure Kinder. Seht darum nicht länger zu, wie man sie um schönen Mammons willen verderblich beeinflusst. Helft im Kampfe gegen diesen schlimmen Feind der Jugend. Das ist Eure heilige Pflicht!

Dr. Lehrer, Eilendorf.

\* Diese Heste wegen unsere Kollegen auch den Frauen zur Lektüre und praktischen Beherrigung empfohlen.

terstützung erblüht werden kann", erklärten die Regierungen selbst. Sie werden deshalb wohl geneigt sein, Verbesserungsorschläge des Reichstages entgegenzunehmen und zu akzeptieren, so daß ein Wert geschaffen wird, der ganzen Arbeiterchaft zum Wohl und Nutzen.

### Agitationsbezirk Mannheim.

(Schluß)

#### Lohnbewegungen und Streiks

Hatten wir im Bezirk und Berichtsjahr zusammen 10 zu verzeichnen. Eine Lohnbewegung führten wir allein. Die übrigen mit anderen Organisationen oder Bruderverbänden. In Mannheim reichten wir mit den Vertretern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in den Schiffbaureparaturwerkstätten der Mannheimer Häfen eine Reihe Forderungen ein. Bei den Firmen Bad. A.-G. für Rheinschiffahrt und Seetransport, Mannheimer Lagerhausgesellschaft und Mannheimer Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft und bei der Rheinschiffahrtsgesellschaft A.-G. vorm Fendel. Es wurden folgende Zugeständnisse gemacht:

Bei den drei Firmen Bad. A.-G. für Rheinschiffahrt und Seetransport, Mannheimer Lagerhausgesellschaft und Mannheimer Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft beträgt die Arbeitszeit für Werkstättenarbeiter durchschnittlich im Jahre 9 1/2 Stunden pro Tag, d. h. es können im Sommer 10 und im Winter 9 Stunden gearbeitet werden und umgekehrt. Bei der Rheinschiffahrtsgesellschaft A.-G. vorm Fendel bleibt die Arbeitszeit bestehen wie bisher (sie betrug 10 Stunden), und zwar deshalb, weil die Arbeiter eine Frühverlegung derselben, wie von der Firma beabsichtigt, nicht wünschen. Ueberstunden werden möglichst vermieden. Müssen sie in dringenden Fällen gemacht werden, so ist zum vereinbarten Stundenlohn noch ein Zuschlag von 25%, für Nacht und Sonntagsarbeit von 50% zu zahlen. Für Arbeiten an Festtagen sollen 100% Zuschlag gewährt werden. Als Ueberstunden gelten die ersten zwei Stunden über die reguläre Arbeitszeit. Jede weitere Stunde gilt als Nacharbeit. Jedoch wird nur geleistete Arbeitszeit bezahlt. An den Vorabenden vor Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten endigt die Arbeitszeit schon um 4 Uhr.

Die Werkstättenarbeiter werden nach Leistungen folgendermaßen bezahlt: Für Handwerker, d. h. solche, die eine ortsübliche Lehrzeit durchgemacht haben und zwei Jahre als Geselle tätig waren, beträgt der Mindestlohn 45 Pf. pro Stunde. Für Hilfsarbeiter beträgt derselbe 36 Pf. pro Stunde. Bei Arbeiten auf Schiffen, die in den Ludwigshafener oder sonstigen weiter entlegenen hiesigen Hafenanlagen liegen, wird ein Zuschlag von einer Mark gewährt, vorausgesetzt, daß den Arbeitern dadurch, daß sie ihre Mittagezeiten nicht in der gewohnten Weise einnehmen können, eine Mehrausgabe entsteht. Die Einsetzung eines hiesigen Arbeiterausschusses wird zugestimmt. (In diesem haben auch wir eine Vertretung.) In den Betrieben, wo bereits günstigere als hier vorgesehene Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen, müssen sie bestehen bleiben. Auch darf durch Verkürzung der Arbeitszeit (Pof. 1) für die bereits beschäftigten Arbeiter ein Lohnverlust nicht eintreten. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung dürfen nicht stattfinden. Von unsern Kollegen waren an dieser Bewegung 15 beteiligt.

Für die in unserem Verbandsorganisierten Spengler und Installateure Heidelbergs reichten wir, nachdem die Sozialdemokraten ein gemeinsames Vorgehen betreffs der Erneuerung des abgelaufenen Tarifs ablehnten, selbst Forderungen ein. Die vereinigten Spenglermeister boten uns wie den Sozialdemokraten einen bedeutend schlechteren Tarif an, erklärten sich jedoch bereit, mit uns und dem sozialdemokratischen Verband darüber noch zu verhandeln. In der ersten Sitzung mit den Meistern lehnten die Vertreter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes eine gemeinsame Verhandlung in unserm Beisein brüst ab. Darauf erklärten die Meister, daß sie dann überhaupt nicht verhandeln würden. Die Verhandlungen zerbrachen sich und die Kollegen arbeiten bis heute tariflos weiter.

In Neustadt a. d. S. machte unsere Bezirksleitung eine Eingabe an die Stadtverwaltung betr. Regulierung und Aufbesserung der Löhne für die im städtischen Gas- und Wasserwerk beschäftigten Schlosser, Spengler und Helfer. Zugestimmt wurde folgendes: Es erhalten die Schlosser und Installateure einen Stundenlohn von 35 bis 40 Pf. pro Stunde steigend. Tagelöhner erhalten einen Stundenlohn von 30 bis 33 Pf. steigend. Bisher waren die Löhne durchschnittlich um 3 Pf. niedriger. Es kamen hierbei 10 Kollegen unseres Verbandes in Frage.

Am 1. April kam es in den Hobel- und Sägewerken im Mannheimer Hafengebiet zum Streik, bezw. zur Tarifbewegung. Da auf gutlichem Wege keine Einigung zu erzielen war, dauerte der Kampf 8 Wochen. Von unserm Verband kamen hierbei 4 Kollegen in Betracht. Es wurde folgender Tarif abgeschlossen: Sämtliche Arbeiter nehmen am Dienstaag den 9. Juni die Arbeit wieder auf. Die

Leute, die anderwärts Arbeit angenommen haben, können und sollen ebenfalls wieder in ihre alten Arbeitsstellen eintreten. Am 1. April 1909 wird die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden verkürzt, jetzt beträgt sie 9 1/2 Stunden. Der Lohn wird um 2 Pf. pro Stunde erhöht. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung von 1/4 Stunde wird am 1. April 1910 und eine weitere Lohnhöhung um 2 Pf. pro Stunde eintreten. Der Vertrag dauert bis 1. April 1911.

Bei der Firma Brown u. Robert u. Co. wurden in der Dreherei I und II, in Schalttafelbau, Schlosserei und Wickerei Akkordreduzierungen vorgenommen. Darauf reichten am Samstag den 23. Mai die betreffenden Arbeiter die Kündigung ein. Die Firma kündigte darauf ihrerseits die übrige Arbeiterschaft. Infolgedessen stand der Betrieb acht Wochen lang vollständig still. Der Kampf endete mit einer Abmachung zwischen dem Metallindustriellenverband und dem Arbeiterausschuß bezw. der Organisation der Arbeiter, bedeutet aber einen großen Misserfolg für die Organisation, die den Kampf ohne Rücksprache mit unserm und dem S.-D.-Verband inszenierte. Es waren 1600 Arbeiter an dem Kampfe beteiligt, wovon 30 unsern und die übrigen in der größten Mehrzahl dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband angehörten.

In den Strebelwerken kam es ebenfalls wegen Akkordreduzierungen von 30 bis 62 Prozent zum Kampf. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hatte noch im April eine Vereinbarung mit der Firma abgeschlossen, die am 1. Oktober abläuft. Am 1. Oktober ließ sich die Firma auf keine Verhandlungen bezüglich der von ihr angebotenen Akkordsätze ein. Es kam zum 9wöchentlichen Kampf, der dann durch Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters Martin und des Herrn Fabrikinspektors Wittmann beigelegt bezw., als eine Beilegung durch den Widerstand der Arbeiter nicht möglich, vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband für aufgehoben erklärt wurde.

Bei der Firma Klein, Schanzlin u. Weder in Frankfurt kam es am 13. Mai wegen Akkordreduzierungen zu Differenzen zwischen der Firma einerseits und 60 Maschinenformern andererseits. Ohne Kündigung legten die große Mehrzahl derselben, dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband angehörend und mit diesen auch drei von unsern Kollegen die Arbeit nieder. Nach fünfzügiger Dauer durften dann die Leute ihre alten Stellen wieder beziehen. Die an's äußerste grenzende Unordnung in dem Betriebe und die bloße Art und Weise, wie die Arbeiter selbst mit ihrer Arbeitskraft Raubbau trieben, führte bei der oben genannten Arbeiterkategorie am 27. November wieder zu Differenzen mit der Firma. Wiederum legten ohne Kündigung 65 Maschinenformern die Arbeit nieder. Die Firma kündigte nun ihrerseits einem Teil der übrigen Arbeiterschaft, worauf der andere Teil, darunter 45 Kollegen von unserm Verband, die Kündigung einreichten. Durch den Arbeiterausschuß wurde der Kampf nach achtzügiger Dauer unter einigen Zugeständnissen betr. Akkordlöhne beigelegt. Sicher wäre bei diesem Kampfe für die Arbeiter mehr herausgekommen, wenn der sozialdemokratische Verband, der hier die Führung hatte, es vorher besser verstanden hätte, auf seine Massen mehr erzieherisch und disziplinierend zu wirken. Die Art und Weise, wie hier Streiks inszeniert und geführt werden, muß zu Streikereignissen führen.

Zu einem eintägigen Kampf führte auch das sozialdemokratische Draufgängertum bei der Firma Kühnle, Kopp u. Kattich, ebenfalls in Frankfurt. Dort legten am 28. Januar sämtliche Sieb- und Feinreiarbeiter, darunter zwei Kollegen von unserm Verband, die Arbeit nieder. Ursache waren große Misstände und Akkordreduzierungen. Nach Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß konnten nach eintägigem Kampf die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Eine den Umständen entsprechende bescheidende Regulierung der Akkorde wurde seitens der Firma zugesichert. Doch werden auch heute noch die alten Klagen laut. Nach dem eigenen Eingeständnis des dortigen sozialdemokratischen Beamten sind die Zustände wie die oben von uns schon betonte Disziplinlosigkeit und das Draufgängertum auf die auf das Gewerkschaftsgebiet übertragene sozialdemokratische „Alles oder Nichts"-Politik zurückzuführen.

In Neustadt hatten wir auf der chemischen Fabrik Rauschloß mit dem sozialdemokratischen und christlichen Hilfsarbeiterverband eine Lohnbewegung. Unsererseits waren daran 4 Kollegen beteiligt. Es wurde eine durchschnittliche 10 prozentige Lohnhöhung erzielt.

Die Gesamtsumme der durch oben geschilderte Kämpfe ausgefallenen Arbeitstage beträgt 10925 Tage für die von uns dabei betroffenen Kollegen. Die Summe des Lohnausfalles 13948 Mk. Die Gesamtzahl der an den Streiks beteiligten Kollegen beträgt 50, wovon 42 verheiratet waren, mit 78 Kindern unter 14 Jahren. An Unterstützungen wurden an die 50 Kollegen insgesamt 5676,15 Mk. ausgezahlt. Der durch die Lohnbewegung auf unsere Kollegen entfallende Mehrverdienst macht zusammen pro Jahr 2726 Mk. aus. Die Summe, um welche die Arbeitszeit verkürzt wurde, beträgt 1119 Stunden. Außerdem sind noch eine Reihe kleinerer Vor-

fälle zu verzeichnen, die sich nicht gut und genau feststellen und in Zahlen ausdrücken lassen. Immerhin dürfte die genaue Bilanz ein Defizit ergeben. Diese ist auf die vom sozialdemokratischen Verband geführten und verlorenen Streiks bei der Firma Brown u. Robert und bei den Strebelwerken zurückzuführen.

#### Die Gegner

machten uns in diesem Jahre schon mehr zu schaffen. Besonders anlässlich der verlorenen Kämpfe, die sie gern auf uns abgeladen hätten. Trotzdem sie nichts sachliches gegen uns vorzubringen vermochten, suchten sie uns in ihrer sozialdemokratischen Presse und in Versammlungen durch bodenlose Lügen und Verleumdungen aller Art eins anzuhängen. Wir blieben ihnen die Antwort nicht schuldig. Wie es scheint, auch wenigstens mit dem Erfolg, daß sie vorläufig bedeutend ruhiger geworden sind.

Die Gelben legten sich hier einen Sekretär zu. Besonders seit dem verlorenen Streikverweigerung machen sie mehr von sich reden, und wie man hört, sollen sie unter den früheren zielbewußten Genossen der Streikwerke schon bedeutend Mitglieder gewonnen haben. Auch gelang es ihnen, aus unsern Reihen einige zaghafte und selbstsüchtige Elemente zu angeln. Von den Selbsterworbenen können wir nicht sagen, daß es gerade die besten oder mittelmäßigen Mitglieder waren. Wir meinen ihnen deshalb keine Träne nach.

Aufklärungs- und Bildungsarbeit bemühten wir uns so viel wie möglich zu leisten. Sowohl nach möglichst einheitlichen Dispositionen wie entsprechend den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnissen und Ereignissen Rechnung tragend, wurden Vorträge gehalten und dazu passende Literatur verbreitet. Die behandelten Themata betrafen: Vereinsgesetz, Arbeitskammern, bevorstehende Versicherungsreform, die neue Gewerbeordnungs-Novelle, Hausagitation, Verwaltungsarbeiten, aus der schweren Eisenindustrie mit Lichtbildern, wirtschaftliche Lage usw. usw. Auch sonstige für die Kollegen geeignete Literatur wurde soviel als möglich abzugeben versucht. Die Gesamtsumme der verbreiteten Schriften beläuft sich auf rund 150 Mk.

#### Die Bezirkskasse

| Einnahmen:                      |                    |
|---------------------------------|--------------------|
| Bestand am 1. Januar            | 219,03 Mk.         |
| Aus den 7 1/2% der Beiträge     | 1228,86 "          |
| Aus Extrabeiträgen              | 1910,38 "          |
| Zuschuß von der Zentrale        | 1300,-- "          |
| <b>Summa</b>                    | <b>4658,27 Mk.</b> |
| Ausgaben:                       |                    |
| Mit Gehalt                      | 1800,-- Mk.        |
| Büromiete                       | 360,-- "           |
| Nicht und Heizung               | 120,-- "           |
| Reinigung                       | 62,-- "            |
| Jahrgeld                        | 415,56 "           |
| Speisen und Nachtlohn           | 770,30 "           |
| Drucksachen und Schreibmaterial | 280,57 "           |
| Zeitungen und Zeitschriften     | 99,37 "            |
| Literatur                       | 72,07 "            |
| Porto                           | 131,31 "           |
| Telephon und Telegramme         | 136,50 "           |
| Agitationshilfe                 | 268,65 "           |
| Büroeinrichtung                 | 170,92 "           |
| Sonstige Ausgaben               | 31,20 "            |
| <b>Summa</b>                    | <b>4718,44 Mk.</b> |
| Gesamteinnahmen                 | 4658,27 Mk.        |
| Gesamtausgaben                  | 4718,44 "          |

Defizit am Anfang 1909 60,17 Mk.

Soweit der Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters. Nach einer anregenden Diskussion über den Bericht folgte dann ein Referat über die Aufgaben der Vorstände und Vertrauensmänner in Verwaltung und Agitation und eins über Unterstützungswesen und Beitragsleistung in unserm Verband. Bezüglich des ersteren betonte der Bezirksleiter besonders, daß es den Anschein habe, als ob viele Kollegen in dem Glauben lebten, seitdem ein Beamter im Bezirk tätig sei, sie aller Agitationsarbeit entzogen seien. Auch in der Verwaltungsarbeit müßten die Kollegen, trotzdem sich schon manches gebessert habe, noch größere Aufmerksamkeit und Genauigkeit entwickeln. Darin liege schon ein großer Gewinn. Genau so seien diese Momente bezüglich der Handhabung und Durchführung der Beitragszahlungen und Unterstützungen notwendig. Durch Korrektheit bei Meldungen, Auszahlungen, Fertigtstellung der Abrechnungen innerhalb der vorgeschriebenen Zeit, Aufklärung aller Mitglieder über den Zweck der Unterstützungszweige, Bekämpfung der Unterstützungsjägeri, öffentliche Kritik auch des sozialdemokratischen Verbandes dort, wo er in Mitgliederfang durch Versprechungen und Auszahlungen von den den allgemeinen Gewerkschaftsregeln widersprechenden und gefährlichen Manipulationen zu machen suche, müsse auf die Dauer eine noch größere innere und äußere Kräftigung unseres Verbandes zur Folge haben.

In der Diskussion wurde besonders darauf hingewiesen, daß die vom Bezirksleiter entwickelten Richtlinien, wenn es auch stellenweise über sei, ein

gehalten werden müßten. Immerhin könne man sich auch da nicht gut nach allen Seiten hin festlegen, so lange der sozialdemokratische Verband, wie beispielesweise noch kürzlich in Frankfurt, dazu übergehe, nur um Mitglieder zu gewinnen, Unterstützungen auszusuchen, die auch dem sozialdemokratischen Verbandsstatut widersprechen, aber immerhin ihre Wirkung nicht verfehlen.

Der Kollege Arbeitersekretär Bernzott hielt dann ein für unsern Bezirk besonders zeitgemäßes instruktives Referat über die verschiedenen Arten und Merkmale der Gelben Verbände. An Klarheit und allgemeiner Verständlichkeit ließ dasselbe nichts zu wünschen übrig. Im Anschluß hieran wurde auch noch bedauert, daß an manchen Stellen sozialistische Arbeiter- oder Männervereine, wie beispielsweise in Ogerathheim, den gelben Cumpfpflanzen vorzuziehen wären.

Der Vertreter des Zentralvorstandes, Kollege Verzog, ließ dann in präzisem und klarem Ausführungen, bald ergänzend, bald mahnend und anerkennend, den Gang der Verhandlungen Revue passieren. Er betonte dabei nochmals besonders, daß doch alle Kollegen die Ausführungen betr. Beitragszahlung, Unterstützungsauszahlung und Verwaltung besonders hervorheben möchten, damit der christliche Metallarbeiterverband auch ferner als nach innen und außen gefestigte Organisation bestehe. Daran mitzuarbeiten muß das Bestreben aller Kollegen in jedem Bezirk sein. Die Tatsache, daß der christliche Metallarbeiterverband im Jahre 1908 127 000 M. Vermögenszunahme zu verzeichnen hat und der sozialdemokratische Metallarbeiterverband eine Vermögensabnahme von 660 000 M. ist der beste Beweis, wo in der vernünftigsten Weise die Interessen der Metallarbeiter wahrgenommen werden. Diese für den roten Metallarbeiterverband so unangenehme Tatsache wird nun in der Metallarbeiterzeitung und in der sozialdemokratischen Presse mit den unsinnigsten Rechenkunststücken wegzuleugnen versucht. Daß der Rechenmeister in der Metallarbeiterzeitung sich dabei um die Kleinigkeit von 100 000 verrechnet, beweist am besten die Nervosität anderer Seite. Die Kollegen im Mannheimer Bezirk mögen daraus, wie aus den Kämpfen bei Döbert und den Streikmerkmalen die richtige Nutzenabwendung auch in der Agitation ziehen. Eine energische Agitation muß in diesem Jahre im Bezirk überall entfaltet werden, der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

Eine angenommene Resolution besagte dann, daß die Bezirkskonferenz betr. der Durchführung des 70 Pfg.-Beitrages in allen Ortsgruppen endgültig den 1. Oktober 1909 als Endtermin vorseht und Ausnahmen hiervon nur mit Genehmigung der Zentrale und Bezirksleitung in außergewöhnlichen Fällen gestattet werden sollen.

In der Bezirksvorstand wurden dann gewählt bzw. wiedergewählt die Kollegen Samstag, Schäuble, Gremm, Hergenahn, Jung, Gengler, Gräber, Bernzott und Schaaf. Durch ein kräftiges Schlusswort des Bezirksleiters und ein begeistert ausgeprochenes Wort des Kollegen Samstag auf unsern christlichen Metallarbeiterverband wurde die Bezirkskonferenz unter der besten Einmütigkeit und dem Ausdruck der besten Hoffnung auf die Zukunft unseres Bezirks geschlossen. Möge dieselbe von fruchtbringender Wirksamkeit für die einzelnen Ortsgruppen und unsern gesamten Verband sein.

### Sind die christlichen Gewerkschaften politische Vereine?

Diese an und für sich einfache Frage wurde mit dem neuen Vereinsgesetz hrenwend. Es konnte wohl auffallen, daß die christlichen Polizeibehörden die Frage in einem Sinne entscheiden würden, wie er weder der sozialen Wirklichkeit noch den Intentionen des Gesetzgebers entspricht. Die Gewerkschaften mußten sich also schon im Voraus darauf gefaßt machen, daß die Gelegenheit die ordentlichen Gerichte befragen würde. Das ist denn auch geschehen. Das Schöffengericht in Düren macht den Anfang; das in Aachen folgte nach — beide entschieden in einem der Idee des Gesetzes nicht Rechnung tragenden Sinne. Die Entscheidung des Schöffengerichts Düren bildete den Gegenstand einer Berufungsverhandlung vor der Strafammer des Landgerichts Aachen, in welcher am 13. Mai die Urteilsverurteilung erfolgte. Der Sachverhalt sei des besseren Verständnisses wegen hier wiederholt.

Der Vorsitzende des Kartells der christlichen Gewerkschaften für Düren und Umgegend, Herr Gewerkschaftssekretär Koch, war im Juli 1908 von der Dürener Polizeiverwaltung aufgefordert worden, das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes sowie die Zahl der männlichen und weiblichen Mitglieder des Kartells einzureichen.

In letzterer Angabe besteht nach dem Reichsvereinsgesetz überhaupt keine Verpflichtung, nicht einmal bei politischen Vereinen. Der Kartellvorsitzende teilte der Polizeibehörde mit, daß das Gewerkschaftskartell kein politischer Verein im Sinne des Reichsvereinsgesetzes sei. Am 22. Oktober ermahnte nun eine Aufforderung, das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen. Diese Aufforderung

wurde seitens des Gewerkschaftskartells mit demselben Willen abgelehnt wie die erstere. Daraufhin wurde gegen den Vorsitzenden des Kartells wegen Übertretung der §§ 3 und 18 des Reichsvereinsgesetzes eine Geldstrafe von 9 Mark festgesetzt.

Am 29. Oktober 1908 wurde der Kartellvorsitzende in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitervertreter-Vereinigung für Düren und Umgegend von der Polizeibehörde aufgefordert, auch das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes genannter Vereinigung einzureichen. Auch dieses Ansuchen der Polizeibehörde wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Arbeitervertreter-Vereinigung lediglich die Schulung und Bildung der Arbeitervertreter und die Unterstützung derselben bei Wahrnehmung ihres Amtes bezwecke und mithin kein politischer Verein im Sinne der §§ 3 und 18 des Vereinsgesetzes sei.

Dasselbe Schicksal traf den Vorsitzenden der Zahlstelle Düren des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, weil auch er das Ansuchen der Polizeibehörde, die Mitglieder des Vorstandes anzumelden, aus ähnlichen Gründen wie unter 1 und 2 abgelehnt hatte. In allen drei Fällen wurde gerichtliche Entscheidung beantragt und gleichzeitig Beschwerde beim Herrn Regierungspräsidenten in Aachen gegen das Vorgehen der Polizeiverwaltung eingelegt.

Das Schöffengericht entschied im Sinne der Polizeibehörde. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß die Beteiligung an den Gewerbegerichts- und Krankenkassenwahlen, die Stellungnahme zu den Arbeitervertretungsangelegenheiten, die Bekämpfung der Auswüchse des Submissionswesens, die Eingaben an Behörden und das Verlangen einer zeitgemäßen Sozialpolitik von der Gemeindeverwaltung politische Angelegenheiten wären und mithin die Gewerkschaften als politische Vereine zu bezeichnen seien. Auch sei jede einzelne Zahlstelle eines Verbandes als Verein zu betrachten.

Die Strafkammer des Landgerichts Aachen hat bei Würdigung der Berufungsgründe folgendermaßen entschieden:

Der Angeklagte Nießen wird von Strafe und Kosten freigesprochen. Es wurde hervorgehoben, daß die Zahlstelle Düren nur als eine Kasseneinrichtung zu betrachten sei, die nur dafür spreche, daß die Mitglieder ein reges Vereinsleben entwickelten, daß sie aber kein politischer Verein sei.

Der Angeklagte Koch wurde im ersten Punkte der Anklage freigesprochen, indem erkannt wurde, daß das Kartell der christlichen Gewerkschaften keinen politischen Charakter an sich trage. Bezüglich des zweiten Punktes der Anklage wurde hervorgehoben, daß die Arbeitervertretervereinigungen in Krankenkassen- usw. Angelegenheiten in politischer Hinsicht Stellung genommen und ihren Einfluß an maßgebender Stelle zur Geltung zu bringen versucht habe. Daraus folge, daß die Vereinigung mit ihren wirtschaftlichen Zielen die Gesetzgebung zu fördern bestrebt war und mithin ein politischer Verein sei. Wegen Übertretung der §§ 3 und 18 des Reichsvereinsgesetzes mußte daher die Bestrafung erfolgen: 9 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten.

Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die Strafkammer zu 1 u. 2 eine Entscheidung gefällt hat, die sich durch das soziale Verständnis und die Würdigung der Gründe des Gesetzgebers in wohlthuendem Gegensatz befindet zu den beiden Entscheidungen des Schöffengerichts.

Wir können uns nicht der Auffassung des Gerichtes anschließen, daß ein Arbeitervertreterverein, der nichts anderes bezweckt, als Bildung der in der Arbeiterversicherung tätigen Personen, ein politischer Verein sein soll.

### Gewerkschaftliches.

#### Weiter geschwindelt

wird in der sozialdemokratischen Presse über das Ergebnis der Jahresabrechnungen unseres christlichen Verbandes. Den Vogel hat jedenfalls die sozialdemokratische „Rhein. Ztg.“ in Köln abgeschossen in einer Korrespondenz aus Aachen in ihrer Nr. 121 vom 27. Mai. „Frech und unverschämt gelogen“, nennt der giftgeschwollene Zeitschinder der roten Gazette die Behauptung von einer „Finanzmißere im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband“. Der geriebene Genosse, jedenfalls Herr Honrath, hat wahrscheinlich wieder besseres Wissen so etwas niedergeschrieben, denn wenn er das Organ des sozialdemokratischen Verbandes in letzter Zeit nur oberflächlich gelesen hat, muß er vom Gegenteil seiner dreisten Behauptungen überzeugt sein. Oder ist ihm von den Anträgen des sozialdemokratischen Verbandes vorstandes betreffs der unbedingt notwendigen „Finanzreform“ nichts bekannt? Ist es vielleicht keine Finanzmißere, Herr Honrath, wenn der sozialdemokratische Verband trotz einer sehr niedrigen Summe für Streikausgaben noch 660 000 M. oder pro Kopf des Mitgliedes 2 M. Defizit herausgewirtschaftet hat?

Das verschweigt der Demagoge in der „Rhein. Ztg.“ aber jetzt gewandt und versucht den Lesern des Blattes blauen Dunst vorzumalen, indem er die letzten Geschäftsjahre zusammenwirft, um so noch

einen kleinen Uberschuß zu konstruieren. An dem Aachener Mitarbeiter der „Rhein. Ztg.“ ist zwar kein „Jesuitenschinder“ — wie es in dem sozialdemokratischen Blatt geschmackvoll heißt — aber ein tüchtiger Balbutz verloren gegangen, denn wie dieser Genosse verstehen es wenige Parteibonzen, ihre eigenen Gesetzen nach allen Regeln der Kunst einzufleisen. Und der schlaue Fuchs weiß auch ganz genau, was er den „intelligenten“ Lesern der „Rhein. Ztg.“ bieten darf. Er belügt sie nämlich so unverschämt, daß man es kaum für möglich halten sollte. Wir wollen nun als Stichprobe folgenden plumpen Schwinbel der „Rhein. Ztg.“ durch das eigene Verbandsorgan der sozialdemokratischen Organisation widerlegen lassen:

Der Aachener Zeitschinder der „Rhein. Ztg.“ schreibt: Bei einer Ausgabe von mehr als achteinhalf Millionen Mark allein für Unterhaltungszwecke konnte der freie Verband sein Vermögen noch von 5 806 000 Mark auf 5 882 000 M. im vergangenen Geschäftsjahre steigern.

Die sozialdemokratische „Met. Ztg.“ Nr. 18 schreibt: „Es wurde mehr ausgegeben als eingenommen und das Vermögen der Hauptklasse des Verbandes verminderte sich um 660 173,95 Mark von 4 088 471,49 M. auf 3 374 297,54 Mark.“

So werden die Leser der sozialdemokratischen Presse beschwindelt.

Ehe die Zeitschinder der „Rhein. Ztg.“ wetter ihren schmutzigen Schnabel am christlichen Metallarbeiterverband wehen, sollten sie ehrlich genug sein, die wahren Tatsachen niederzuschreiben und die Wahrheit nicht allzu plump zu bergewaltigen. „Sonst laufen sie Gefahr, recht unfaust in den Sand gesetzt zu werden.“

### Gewerkschaftliche Erfolge.

Zum ersten Male hat der Zentralverband des christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter ein umfassendes Werk über die von ihm im Jahre 1908 abgeschlossenen Tarifverträge herausgegeben. Es ist ein stattlicher Band geworden, der Zeugnis ablegt von der ernsthaften Tätigkeit im Interesse der Mitglieder. Zugleich aber wird damit aufs neue der Beweis geliefert, welche Bedeutung die gewerkschaftliche Organisation für den Arbeiter hat.

Insgesamt schloß der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands 105 Verträge im Jahre 1908 ab. Darunter befanden sich die großen Bezirkstarife für Rheinland und Westfalen sowie Mitteldeutschland. Aus früheren Jahren bestanden noch 63 Verträge, so daß der Verband an insgesamt 168 Tarifen beteiligt ist.

Der Verband war im Berichtsjahre an insgesamt 140 Lohnbewegungen beteiligt, von denen es in 40 Fällen zu Streiks resp. zu Aussperrungen kam. Davon waren 23 Angriff- und 11 Abwehrstreiks, ferner 6 Aussperrungen. An diesen Kämpfen war der Verband in 13 Fällen allein und in 27 mit anderen Organisationen beteiligt. In 21 Fällen handelte es sich um höhere Lohnforderungen, in 6 um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zugleich, und in 13 um Abwehr beabsichtigter Verschlechterungen. An den Lohnbewegungen überhaupt waren 25 585 Mitglieder beteiligt, an den Angriffstreiks 821, an den Abwehrstreiks 189 und an den Aussperrungen 560. Gewiß eine hübsche Illustration zu den „faustkämpferischen Streikorganisationen“.

Die durch die Lohnbewegungen erzielten Lohnerhöhungen zeigen sich in folgender Tabelle:

| Für das einzelne Mitglied |         |           |          |           | Für die in Spalte 1 angegebene Mitgliederzahl |           |          |
|---------------------------|---------|-----------|----------|-----------|---|-----------|----------|
| 1.                        | 2.      | 3.        | 4.       | 5.        | 6.  | 7.        | 8.       |
| Jahr der Mitgliedschaft   | pro Tag | pro Woche | pro Jahr | pro Woche | pro Tag                                       | pro Woche | pro Jahr |
| 38                        | 11      | 110       | 6 60     | 264       | 41 80   | 250 80    | 10032    |
| 197                       | 7       | 70        | 4 20     | 168       | 137 40  | 827 40    | 33091    |
| 239                       | 6       | 60        | 3 60     | 144       | 137 40  | 827 40    | 32976    |
| 447                       | 5       | 50        | 3 —      | 120       | 223 50  | 1341 —    | 53640    |
| 14                        | 4 1/2   | 45        | 2 10     | 108       | 6 30  | 37 80     | 1512     |
| 517                       | 4       | 40        | 2 40     | 96        | 218 80  | 1312 80   | 52512    |
| 20                        | 3 1/2   | 35        | 2 10     | 84        | 7 —   | 42 —      | 1680     |
| 969                       | 8       | 80        | 1 80     | 72        | 290 70  | 1744 20   | 69763    |
| 1833                      | 2       | 20        | 1 20     | 48        | 366 60  | 1199 60   | 87984    |
| 5446                      | 1       | 10        | — 60     | 24        | 544 60  | 3267 60   | 230704   |
| 401                       | 1 1/2   | 15        | — 30     | 12        | 20 05   | 120 80    | 4812     |
| 10141                     |         |           |          |           | 1994 65                                       | 11967 90  | 478716   |

Dieser Berechnung liegen 10 Arbeitsstunden täglich, 6 Arbeitstage in der Woche und 40 Wochen im Jahre zugrunde. — An Verkürzung der Arbeitszeit wurde für 475 Mitglieder pro Tag eine Stunde und für 225 eine solche von 1/2 Stunde erreicht.

Diese Erfolge erlangen erst ihre volle Würdigung, wenn die bestehende wirtschaftliche Lage in Rechnung gestellt wird. Und trotzdem liegt noch nicht einmal der Schwerpunkt in den errungenen Vorteilen. Dieser beruht vielmehr in der Erhaltung der früheren Löhne während der Krise. Müßten wir früher, so schreibt das Organ des Verbandes, bei weniger entwickelten Arbeiterorganisationen regelmäßig Lohnreduzierungen bei wirtschaftlichen Niedergängen in Kauf nehmen, so ist das diesmal bis auf winzige Ausnahmen verhütet worden. Darin liegt der gewaltige Vorteil für die Erhaltung der Kaufkraft und

Ihre Wirkung auf die gesamte Produktion, sowie daß in dem Aufstieg der Bauarbeiter keine Rückschlüsse einzuziehen sind.

Diese Gedanken sollten ganz besonders von unsern Metallarbeitern berücksichtigt werden. Bei den jetzigen Organisationsverhältnissen bringt uns jede Krise noch gewaltige Rückschlüsse, die in der bessern Konjunktur zunächst wieder zurückzukämpfen werden müssen, ehe an weitergehende Verbesserungen gedacht werden kann.

Vor der eigenen Türe fegen.

Die sozialdemokratische Presse ist stets bei der Hand gewesen, eine Mitgliederstagnation oder Rückgang in gegnerischen Gewerkschaften mit größtem Behagen aufzubauchen und auszuschlachten.

An unsere Vertrauensmänner und sonstige Funktionäre.

Werte Kollegen! Das erste Quartal 1909 hat uns infolge des Durcheinanders und der Krise einen nicht unbedeutenden Rückschlag gebracht.

Table with 2 columns: Quarter and Contributions. Shows data for quarters 1-4 of 1905, 1906, 1907, 1908, and 1909.

Kollegen! Unwillkürlich muß man fragen, wie ist dieser Rückgang in der Beitragsleistung möglich; hier muß doch was außerordentliches vorgekommen sein.

Ein überzeugter Gewerkschaftskollege läßt sich dies nicht zuschulden kommen, dieser ist sich bewußt, daß er damit nicht einzelne Personen, sondern die Arbeitersache und nicht zuletzt sich selbst schädigt.

Kollegen! Fast auf der ganzen Linie ist man sich darüber klar geworden, daß die Organisation unter keinen Umständen geschwächt werden darf.

Deshalb, Vertrauensmänner und sonstige ehrlich denkende Kollegen, tut eure Pflicht, sorgt dafür, daß das, was im ersten Quartal 1909 versäumt worden ist, wieder nachgeholt wird.

In einem weiteren Schriftstück wird bekannt gemacht, daß sämtliche fahnenlichtige ihr Mitgliedsbuch abzuliefern hätten; die dies verweigerten, würden auf Listen veröffentlicht — mit anderen Worten öffentlich an den Pranger gestellt — werden.

Fräulein de la Croix

Der Gewerbeverein christlicher Heimarbeiterinnen hat durch den Tod seiner unermüdblichen Förderin Fräulein de la Croix einen überaus schweren und schmerzlichen Verlust erlitten.

Nachwehen des Bielefelder Errors.

Vor dem Schöffengericht in Bielefeld stand am 21. Mai eine Verleumdungslage gegen den Redakteur Sachs von der sozialdemokratischen „Bielefelder Volkswacht“ zur Verhandlung.

S. hatte in einem Versammlungsbericht den damaligen Vorsitzenden, unserer Ortsgruppe Bielefeld Kollegen Wehmeier einen „Mann von Größe mit der traurigen Verühmtheit“ genannt und seine Handlungsweise während des damaligen Streiks als „arbeiterverräterisches Treiben“ bezeichnet.

Ob nun endlich die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter einsehen, daß der Streik in Bielefeld kein Streik im Sinne des § 152 der RGO war, sondern lediglich einen mißlungenen Vernichtungszug gegen den christlichen Metallarbeiterverband darstellt?

Aus der Metallindustrie.

Der deutsche Außenhandel in Eisen.

Die Ausfuhr stellte sich nach der amtlichen Statistik im Monat April auf 316 484 Tonnen gegen 286 947 Tonnen im Vergleichsmonat des Vorjahres und 349 335 Tonnen im März ds. Js., die Einfuhr auf 37 156 Tonnen gegen 48 043 Tonnen im April 1908 und 31 506 Tonnen im März 1908.

Table showing export and import of iron in tons for months 1908 and 1909. Columns include Ausfuhr, Einfuhr, and Ausfuhrüberschuss.

Im Einzelnen zeigt die Ausfuhr mehr oder weniger in die Augen springende Veränderungen gegen den Vormonat, im Durchschnitt Rückgänge auf 50 Hoheisen 2000 Tonnen, Träger 1000 Tonnen; Eisenbahnstangen und Eisenbahnmaterial ist besonders von dem Rückgang betroffen.

Table showing monthly export and import of various iron products like Hoheisen, Schrott, Halbzeug, etc. for 1909.

Opfer der Arbeit.

Mülheim (Ruhr). Am 29. April waren auf dem Stahlwerk Thyssen mehrere Arbeiter mit dem Blasen glühender Schlacken beschäftigt, als durch die Berührung der glühenden Masse mit Wasser eine

Explosion entstand. Der Arbeiter M. Protonis wurde so schwer verletzt, daß er noch in derselben Nacht im Krankenhaus starb.

Streiks- und Lohnbewegungen.

Streik der Walzwerksarbeiter auf der Rombacher Hütte.

Wer Gelegenheit hatte, die Verhältnisse in den modernen Riesenbetrieben in Saarreber und Lothringen näher kennen zu lernen, der konnte sich des Eindrucks nicht erwehren: Die sind unheimlich für die gewerkschaftliche Organisation! Dennoch ist in den letzten Jahren ein Umschwung in der Situation eingetreten.

Aus diesem Grunde vollzieht sich das Werden der Organisation in dieser Gegend unter Begleiterscheinungen, die für den Außenstehenden oft unverständlich sind.

So war es, als um Pfingsten 1906 die Burbacher Hüttenleute die Arbeit niederlegten, 3000 an der Zahl; ebenso auch ist es jetzt in Rombach gegangen bei der Arbeitseinstellung im Walzwerk.

Es wurde in einer von allen drei Verbänden hergeleiteten Betriebsversammlung beschlossen, eine Eingabe zu machen. Dieser Eingabe um Bewilligung des alten Lohnes sollten auch die Wünsche in bezug auf bessere sanitäre Einrichtungen angefügt werden.

Übermals legten die Walzwerksarbeiter am Mittwoch Abend die Arbeit nieder, und einstimmig beschloßen sie, den Kampf mit dem Werk aufzunehmen.

Wie der Kampf ausgehen wird, kann man heute nicht sagen. Den Hüttenarbeitern in Deutschland redet dieser Streik aber wieder eine deutliche Sprache.

Der gewaltige Kampf im Jahre 1906 auf der Burbacher Hütte hat es vermocht, dem schlimmsten Scharfmacher klar zu machen, daß die Hüttenleute auch Menschen sind.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche nur Redaktionsbesuch ein Verzicht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zug fort.

Machen. In der Eisengießerei Josefschütte bestehen seit längerer Zeit Differenzen.

Berlin. Die Bauklempler stehen in einer Lohnbewegung.

Wohrum. In der Gießerei der Westfälischen Stahlwerke sind wegen Lohnabwärtigen Differenzen ausgetreten. Zugung von Formern ist fernzuhalten.

Delmenhorst. In der Eiswerkefabrik „Schlüsselmark“ stehen die Arbeiter im Streik.

Diedenhausen (Loth.) Im Walzwerk der Kombacher Hütte ist ein Streik ausgebrochen, weshalb über den Betrieb die Sperre verhängt ist.

Dortmund. Wegen fortgesetzter Maßregelung organisierter Arbeiter wurde über das Eisen- und Stahlwerk H. B. die Sperre verhängt und ist Zugung von Arbeitern aller Berufs fernzuhalten.

Hannover-Linden. Hier stehen die Klempler und Installateure im Streik.

Haderbarmwald. Auf dem hiesigen Elektromotorenwerk Titan sind die Arbeiter ausgesperrt.

Zugung ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 13. Juni 1909 der vierundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 20. Juni fällig.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Zur Beachtung.

Der diesmaligen Zeitungsendung liegen die Abrechnungsformulare für das 2. Quartal und die Zählkarte zur Reichsarbeitslosenstatistik bei.

Die Arbeitslosen-Zählkarte muß spätestens am 4. Juli an die Zentrale abgeschickt werden.

Ausgeschlossen aus dem Verbandsgebiet wird auf Antrag der Ortsgruppe Schwelmer das frühere Mitglied Heinrich Schmitz Buchnr. 103 189 wegen unkollektalem Verhalten.

Duisburg. Das Mitgliedsbuch Nr. 48 048 auf den Namen Friedrich Krieger lautend ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Düren. Einige Nachklänge vom Streik bei der Firma Krosig in Rhend. Hierzu wird uns geschrieben: Unsere Kollegen werden sich noch des Streiks bei der Firma Krosig in Rhend erinnern, der viel von sich reden machte und auch wiederholt in unserem Organ behandelt wurde.

Der Streik hatte seine Ursache in Lohnreduzierungen, welche die Firma veranlaßte, dagegen Front zu machen, was nun seitens der Firma die Entlassung derselben zur Folge hatte.

Der Erfolg war ein glänzender, die entlassenen Formner wurden wieder eingestellt, die Streikarbeit wurde zurückgeholt und eine ganze Anzahl Beamte resp. Meister, welche selber eine oft sehr zweifelhafte Rolle spielten, in unsern organisierten Arbeiter das Leben schwer machten, flogen liebend flüchtig auf's Pflaster.

Nun die Geschichte: Fast zu gleicher Zeit, als die Formner der Niederrheinischen Hütte einmütig in den Kampf traten, um den Kollegen von Gehalt nicht im Rückzug zu lassen, spielte sich in Jülich bei der Firma Spölggen u. Co. etwas anderes ab, wo die Formner...

Metallarbeiterverband organisiert waren. Seit Mitte Januar wurde bei Spölggen ebenfalls Streikarbeit angefertigt. Der Vertreter des freien Verbandes, Barthels von M.-Gladbach, machte die Kollegen aufmerksam, daß es Streikarbeit sei und verlangte Einstellung der Arbeit.

Es vergingen zwei und drei Tage, es kam weder ein Vertreter des freien Verbandes noch eine Depesche. Der Formner Hensch, Mitglied des freien Verbandes, wandte sich nach einigen Tagen an den Vorsitzenden der Ortsgruppe Düren, welcher sie angehörten, und wünschte Auskunft, was gemacht werden sollte.

Ungefähr 14 Tage nachher fand eine öffentliche Versammlung statt, wo Reichstagsabgeordneter Sebering von Reichelspreden sollte über: Die Lage der Metallarbeiter in Düren. Wer nicht kam, war Sebering, an seiner Stelle „referierte“ der Vorsitzende der Dürener Ortsgruppe, Schlosser Wieland.

Später sollten die Formner in Akord arbeiten oder den Zuschuß bezahlen, wozu letzterer auch einigen in Abzug gebracht wurde. Die Leute wandten sich an ihren Verband, aber sie wurden im Stich gelassen, worauf dieselben später aus dem freien Verbande austraten.

Nun die Augenbeziehung aus dieser Geschichte: Dieses Beispiel zeigt, daß die freien Verbändler dort die Fäden schleifen lassen, wo sie allein in Frage kommen. In Duisburg traten die Leute auf, als wenn die Welt in Trümmer ging, zwei und mehr freigestellte Beamte bemühten sich, ins Feuer zu blasen; Zeit genug fanden sie, um stets zur Stelle zu sein.

Eine solche Handlungsweise ist geradezu empörend. Die Solidarität anderer anzurufen und die eigenen Leute verfeindeter Streikarbeit. Eine solche Handlungsweise muß das Vertrauen und die Solidarität zu Grunde richten und macht es unmöglich, gemeinsame Sache zu machen.

Unsern Kollegen möge obiges Vorkommnis, — welches im freien Verband nicht einzig dasteht — zur Lehre und zur Warnung dienen, nicht in blinder Vertrauensseligkeit den freien Verbändlern blindlings zu folgen.

Schw.-Gmünd. (Ein sozialdemokratisches Schwindelmännchen.) Das Organ der Metallgenossen sowie dessen rote Seiten in Stultgart und Forzheim brachten in einer ihrer letzten Nummern einen Artikel, in dem die hiesige Leitung des sozialb. Verbandes ihren bei der hiesigen Arbeiterkassette zu ziemlich geschwundenen Kredit sowie auch das Ansehen wieder aufzurichten versucht.

Wir stellen hiermit fest, daß der Schreiber oben erwähnten Artikels anscheinend nicht aus seiner Haut heraus kann, daß er wider besseres Wissen ganz gemein zu schwindeln beliebt, wenn er unserm Verband „Streikbrechervermittlung“ usw. unterzieht. Wir glauben ja vom Herzen gern, daß die hiesige Leitung des sozialdemokratischen Verbandes den Ausgang des Streiks bei obengenannter Firma wie einen Alpdruck empfindet.

Was ist nun an der ganzen Streikvermittlungsschichte Wahres? Schon vor Wochen wurde der genannte Streik, weil erfolglos, von der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes für beendet erklärt, ohne daß ein einziger der Streikenden wieder eingestellt wurde.

Die Genossen wußten wiederum hierauf nichts positiver zu erwidern, sondern ergingen sich in wenig noblen Übergriffen auf den Meister der fraglichen Firma, obwohl derselbe bis kurz vor Ausbruch der Differenzen ein eifriges Mitglied des sozialb. Verbandes gewesen ist und verschickten Briefe von den Genossen als rechtlich handelnder Mann gelobt wurde.

Diese Klagen wurden dann auch, obwohl das Gericht an diesem Tage nur mit Genossen besetzt war, abgewiesen. Auch mußte die keineswegs günstige Geschäftssituation der Genossenstrategen eine Mahnung sein, nicht so ohne weiteres Maßnahmen zu treffen, die zu solch ersten Komplikationen führen; denn ein unglücklich geführter und beendeter Streik schädigt nicht bloß die direkt davon Betroffenen, sondern auch besonders am Ort selber die Arbeiterbewegung sehr empfindlich.

Über gegenwärtige Einwendungen und Warnungen sind bekanntlich unsere Genossenrößen, besonders diejenigen „radikaler Richtung“, am Ort so ziemlich taub; selbst wenn diese Ratsschläge aus den eigenen Mitgliederkreisen kommen.

Daß nach der Beendigung des Streiks eine Sperre über die fragliche Firma verhängt war, entzog sich unserer Kenntnis. Bis dahin war es üblich, daß bei der Verhängung der Sperre nicht nur einmal, sondern wiederholt in den Tagesblättern die Kollegen darauf aufmerksam gemacht wurden.

Die Firma suchte in verschiedenen Tagesblättern Formner, ohne daß von der Zeitung des gegnerischen Verbandes im geringsten für die entsprechende Aufklärung und Publikation der Sperre gesorgt wurde.

Wenn nun unsere Ortsverwaltung in Forzheim arbeitslose Formner nach Gmünd wies, und ihnen auf ihre Aufgaben, sie seien gänzlich mittellos, das Reisegeld bezahlte, so ist das eine Sache, die ein jeder in der Arbeiterbewegung stehende Kollege, der noch etwas Kollegialität besitzt, als selbstverständlich bezeichnen wird.

Wahr ist dagegen, daß die beiden vollenständige Aufklärung über den Streik und dessen Beendigung erhielten und daß es ihnen anheim gestellt wurde, ob sie unter diesen Umständen anfangen wollten oder nicht. Sie erklärten hierauf, daß sie trotzdem dort in Arbeit treten wollten.

Aufschienend pochte den beiden und ihren Hintermännern doch das Gewissen; denn ein paar Tage darauf sandten sie die 2. Mail wieder retour und bekannten sich als Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes.

Das ist der Verlauf der „Streikbrechervermittlung“ durch die Christlichen, alles weitere müssen wir als unklar zurückweisen. Es wäre überhaupt für unsere Metallgewerkschaften, das Thema „Streikbruch“ lieber nicht anzuschneiden, ganz besonders dann, wenn diese einer Organisation angehören, die ja den Streikbruch bezw. Streikbrechervermittlung von verschiedenen Ecken her betrachtet. Auch in Gmünd selber ist von den Genossen, nicht nur der Sperrebruch, oder um mit den Genossen zu reden, Streikbruch nicht nur verübt, sondern auch ausdrücklich von der Leitung gebilligt worden. Wir erinnern nur an die Feinzerzeit über die Firma Joh. Herzer verhängte Sperre; dort ist während der Dauer derselben, obwohl diese Sperre gemeinsam von beiden Organisationen verhängt und genug öffentlich, nicht nur in den Verbandsorganen, sondern auch in den Tagesblättern, sondern auch in auswärtigen Zeitungen bekannt gemacht war, dennoch mit ausdrücklicher Genehmigung der sozialb. Verbandsleitung ein Mitglied dieses Verbands in Arbeit getreten. Warum erhoben die roten Maulhelden denn damals nicht das Geschrei, daß die eigenen Mitglieder unter Billigung der Verbandsleiter Streikbruch verübten? Wir wissen, warum dies nicht geschieht; denn in der Regel werden solche Sperren von den Herren Genossen solange verhängt, bis sie wieder den ganzen Betrieb mit eigenen Leuten besetzt haben, und unsere Kollegen haben dann das Nachsehen.

Bezeichnend für die ganze Angelegenheit ist noch die Tatsache, daß die beiden Forme in einem Schreiben an die Firma, wie wir hören, sich bereit erklären, trotz der von ihrem Verband verhängten Sperre, bei ihr in Arbeit zu treten. Das dürfte ebenfalls genügen, um die oben bezeichnete Kritik der Genossensperre über die Firma Joh. Schweizer zu rechtfertigen.

Der von uns gezeichnete Vorgang der „Streikbrechervermittlung“ entspricht genau den Tatsachen. Alles weitere, von dem der Artikelschreiber zu berichten weiß, ist blanke Schwindel. Der Artikelschreiber hat ungeschicklich seinen großen Meister Kautsky, der doch wenigstens die Pflicht der Wahrhaftigkeit den Genossen gegenüber noch anerkannte, schon längst überholt, denn er belügt mit dem Artikel seine eigene Partei und Gewerkschaftsgenossen.

Von dem ganzen verleumderischen Geschrei der sozialdemokratischen Presse bleibt also nichts übrig wie roter Schwindel. Wir fassen zusammen: 1. Der Streik bei der betr. Firma war beendet, mithin kann von einer Streikbrechervermittlung überhaupt keine Rede sein. 2. Von einer Sperre des betr. Betriebes war uns nichts bekannt; es ist uns weder offiziell als Verband noch auf sonstigem Wege irgend eine Mitteilung davon gemacht worden. Insofern kann auch von Sperrevermeidung nicht geredet werden. — Der christliche Metallarbeiterverband hat in diesem Falle vollständig korrekt gehandelt und muß das verleumderische Geschrei der sozialdemokratischen Presse ganz entschieden zurückweisen.

**Friedrichshafen a. Bodensee.** Die christlich-nationale Arbeiterschaft von Friedrichshafen hielt kürzlich wegen des geübten Terrorismus sozial. Arbeiter an einem christl. Organisierten auf der Juppelinsel eine Protestversammlung in der „Krone“ ab. Gesamtverbandessekretär Krug-Stuttgart sprach über das Thema: „Nüchtern sich der Massenkampf der freien Gewerkschaften nur gegen die Unternehmer oder auch gegen die Arbeiter?“ Beim Eintritt in die Tagesordnung wurde den Begnern volle Redefreiheit zugesichert, womit die Anwesenden auch alle einverstanden waren und sich ruhig verhielten bis etwa 10 Minuten vor Schluß des Vortrages die Herren Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes Vorhölzer-Stuttgart und Enßner-Nürnberg erschienen. Krug behandelte gerade beim Eintreten dieser Herren den in zweimaliger Instanz in Gannstatt und Stuttgart abgeurteilten Terrorismusfall. Der „anständige“ Herr Vorhölzer legte seine Arme übereinander und sagte sofort in den Saal hinein: „Alte“, „Schwindel“, behauptete sogar, Krug sei, als die Sache vorgefallen, noch garnicht in Stuttgart gewesen. Ueber diese Fliegelleien sofort vom Referenten zurechtgewiesen, antwortete Vorhölzer in provokatorischer Form: „Halten Sie Ihre freche Schnauze, Sie Frechdachs“.

Die Versammlung, darunter die Mehrheit eigener Genossen, verlangte, daß dieser „Führer“ sich ruhig und anständig zu verhalten habe, es solle heute eine gegenseitige gründliche Aussprache über die beiden Gewerkschaftsrichtungen stattfinden. Nur mit Mühe konnte Krug seinen Vortrag beenden, da Vorhölzer die Masse immer wieder von neuem aufreizte.

In der Diskussion zog nun Vorhölzer, der „Wahrheitsliebende“, anderthalb Stunden lang in nicht wiederzugebender persönlicher, gefäßiger verleumderischer Art über die christliche Arbeiterbewegung, deren Führer und alles was christlich heißt, los. Um nun einem weiteren Preis zu zeigen, mit was für Mittel und mit welcher „geistigen Waffen“ die „Großen“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes kämpfen, sei im Nachstehenden einige Stichproben „Vorhölzerischer Leistungen“ wiedergegeben. Zunächst wurde Kollege Krug als „M-Glabbacher Jesuit“, „Lügner“, „Zentrumskatholik“, der nur für seine Partei und die lat. Kirche Stimmenfang treiben wolle, beschimpft. (Krug ist evangelischer Kollege und war nicht in M-Glabbach. D. B.) Mit dem Wort christlich hätten wir alles zu bedenken, was gegen das Christentum verstößt, seien für die Fehler anderer in unserem Lager verantwortlich. (Neueste Moral Vorhölzers, so verkündet in Friedrichshafen am Bodensee im Jahre 1909. D. B.) In Bayern hätten wir (die Metallarbeiter) sogar mit den „Gelben“ gemeinsame Sache gemacht, (Dreister Schwindel. D. B.) ja auch noch anerkannt; damit hätten wir uns auf die gleiche Stufe gestellt. „Wenn ich jemand anerkenne, dann kann ich ihn nicht mehr bekämpfen“, so sagte dieser Vorhölzer, damit folgend, daß wir das Recht und die Interessenvertretung der Arbeiterschaft aus der Hand getan hätten. Er prägte dann das große Wort: „Sage mir, mit wem du umgehst und ich sage dir, wer du bist.“ (Gignet sich umgekehrt, auf Vorhölzer angewendet. D. B.)

Dann wurden die Mitgliederzahlen der „Christen“ verkleinert und herabgerückt, des Streikbruchs begünstigt; als Beweis hierfür der „Streikbrecher“ in Mannheim und der „Streikbrecher“ in Stuttgart angeführt. Schluß-

lich meinte dieses „Herrchen“, daß die Christlichen dort, wo sie in der Mehrheit seien, stets Streikbruch verübten, deshalb müßten sie mit allen möglichen Mitteln bekämpft werden. (Letzteres stimmt zur Taktik „freier“ Gewerkschaftsführer, ganz besonders für Vorhölzer. D. B.)

Nun kommen die Beweise über den christlichseits geübten Terrorismus, als solche gelten bei Vorhölzer, man lese und staune: 1. „bei protestantischen Missionen verweigere der katholische Geistliche die Beerdigung, 2. „Päpstl. Exempel in Bayern sei sogar vom Bischof terrorisiert worden; entweder habe er sich seinen Anordnungen zu beugen oder er verlöre seine Stelle. Exempel wollte den Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen, sei allerdings vor dem Druck des Bischofs zu weichen gezwungen.“ (Herr verzehle Vorhölzer, wer muß über einen solchen Blödsinn nicht lachen. D. B.) 3. „Beim feinerzeitigen Dollkämpf sei der Zentralvorstand wieder aus dem Gesamtverband ausgeschloffen worden. Wieder habe der Zentrumspartei (?) versprochen müssen (!?), nicht mehr gegen den Stachel zu löcken; das sei Terrorismus von oben herunter.“ 4. Wenn das Christentum könnte, wie es wollte, so würden wir Genossen alle auch heute noch auf dem Scheiterhaufen verbrennen.“ (Wums, da liegt schon einer und bratet. D. B.) Das Abscheulichste, was von einem sogenannten Arbeiterführer“ ausgesprochen werden kann, ist, daß Vorhölzer den Terrorismus nicht nur billigte, sondern auch gutheiß, ja selber die Massen noch dazu aufforderte. Er meinte, die Christen müßten von den Betrieben ferngehalten werden. (Puff! D. B.)

Vorhölzer will die christl. Gewerkschaften genau kennen, er sei Mitglied des Gesellenvereins in München gewesen, sei allerdings schnell ausgetreten, als er merkte, daß man ihn herauschmeißen wollte. Trotz dem „genauen Kennen“ sagte er darüber etwa folgendes, die die „großen“ Kenntnisse genau verraten: „Die christlichen Gewerkschaften sind vom Volksverein für das kath. Deutschland auf einer Generalversammlung zu Brüssel (?) in den 80er Jahren (?) gegründet worden, nicht aus wirtschaftlichen Interessen oder eigenem Herzenstriebe, sondern weil der kath. Kirche die Arbeitermassen verloren gingen.“ (So, da haben wir den Salat; gut gesprochen, Herr Vorhölzer, seit wann hält denn der Volksverein in Brüssel seine Generalversammlungen und dazu noch in den 80er Jahren ab? Zur besseren Orientierung dieses „Herrn“ sei mitgeteilt, daß letzterer überhaupt erst im Jahre 1890 gegründet wurde. D. B.) Des weiteren hätten die belgischen Industriellen (?), als Papst Leo XIII. die Arbeiterzeitschrift herausgegeben, sich an denselben gewandt, „ob ihn denn nicht als Arbeiterführer, dem Arbeiter mehr Lohn zu bezahlen, als er gerade zum Leben braucht.“ Darauf habe der Papst geantwortet: „So habe er das nicht gemeint.“ (Um das zu glauben, muß man stark sein. D. B.)

Das beste aber leistete sich der „Spiritus rector“, als er auf einen Zwischenruf bezügl. des Streikverhaltens antwortete und also sagte: „Die christl. Gewerkschaften hätten noch ntegendes einen so guten Vertrag zustande gebracht, wie er (Vorhölzer) auf dem Streikwert zu Mannheim.“ (Du großer Dim-bam, bei diesen Worten ging ein lebhaftes Murren und Schauern durch die ganze Versammlung. Wir wollen den sich selbst groß preisenden „Siegeshelden“ über seinen Streikverfolg nicht beneiden. D. B.) In dieser Rede hat sich Vorhölzer, der „Wahrheitsliebende“, selbst übertrommen.

Als zweiter ritt nun der „Redekünstler“ Enßner-Nürnberg ins Feld, der aus jedem bayerischen Dorf einen Streikbruch zurechtredete. Was der alles zusammen-geschwafelt hat, geht auf seine Kuhhaut. Ausdrücke wie „Grünjähnel“ usw. verließen seinen Gedanken die beste Abwechslung. Ein dritter Genosse aus Friedrichshafen rief in den durch die provozierenden Reden entstandenen Tumult mit Tenorstimme: „Parteilosen, seid doch ruhig und anständig, ich rede nachher und werde den Christlichen nachweisen, daß sie mehr als tausend Meineide geschworen haben.“ (Wums, schrecklich, ganz schrecklich, aber trotzdem johlten und lärmten die Genossen weiter.) Das sind so einige „Geistesblitze“ der „großen Führer“ des sozialb. Verbandes, um deren Intelligenzen man tatsächlich den Verband nicht zu beneiden braucht.

Kollege Groß-Gmünd rechnete nun mit dem „großen Vorhölzer“ gründlich ab, eine ganze Reihe Lügen direkt auf den Kopf nachweisend, mit dem Bemerkten, daß so die ganze Rede als „anderthalbstündige Kasperel“ zu betrachten sei. Der Charakter dieses Herrn, soweit von einem solchen überhaupt noch gesprochen werden könne, sei durch das „Vorhölzerische Gebahren“ gekennzeichnet. Als er jedoch merkte, mit seinen Ausführungen stark unter die Räder zu kommen und als Groß anfing, den Terrorismus zu geißeln, riß dem „großen Herrn“ die Geduld, sprang auf den Vorstandstisch und den Kollegen Groß zu und brüllte ein um das andere Mal: „Schwindel verflucht! Schwindel verflucht!“ Der Vorsitzende drängte den „Nabiaten“ zurück und gebot ihm, daß er sich auf seinen Platz begeben soll. Darauf kam der „Führer“ Vorhölzer erst recht in die Wut und stredte seine Arme mit geballter Faust zum Schlage bereit aus, jedoch die hinter ihm stehenden eigenen Leute ihn zurückrißen. Die Versammlung wurde von der dazwischen gesprochenen Polizei aufgelöst, was in Württemberg bald seit Menschengedenken nicht mehr vorgekommen ist. Nur dem taktvollen Verhalten der Versammlungsleitung und der christlichen Führer ist es zu verdanken, daß eine wüste Keilerei unterblieb.

Bei dem guten Beispiel, daß die Führer ihren Massen selber vormachen und bei einer solchen Erziehungsarbeit, braucht einen in der Tat nicht zu wundern, wenn die „Führer“ den Stiel mal umdrehen und die „Führer“ führen, wie dies in Mannheim, Augsburg und anderen Orten (trotz des „guten“ Vertrags, den Vorhölzer dort zustande gebracht haben will) zur Genüge in die Erscheinung getreten ist. Wer die Art und das Benehmen dieser Herren mit angesehen, der begreift auch, wenn die „eigenen Führer“ bei gewissen Gelegenheiten nicht mehr ihres Lebens sicher sind.

Die Anweisung der Versammlung erklärten „freie“ Gewerkschaftler, daß sie sich über das Benehmen ihrer Vertreter schämen und daß sie es aufs entschiedenste mißbilligen. Eine Erinnerung sogar anbezug auf „Herrn“ Vorhölzer an das Dichterwort: „Wo hohe Kräfte sinnlos

walten, da kann sich kein Geist gestalten.“ Kürzlich fand nun eine zweite von uns einberufene Versammlung im gleichen lokale statt. Vorhölzer war, wie in der Versammlung nachgewiesen wurde, an dem gleichen Nachmittage in Friedrichshafen, ging aber nicht in die Versammlung. Er hatte also nicht den Mut, seine verleumderischen Ausführungen zu widerlegen hören, geschweige in dieser Versammlung nochmal aufzutreten.

Allezeit zieht „Genosse“ Vorhölzer aus dem kürzlich veröffentlichten Brief Schütes, wo von den „aufgeblasenen Fröschen“ die Rede ist, die Konsequenzen, damit derartige Entgleisungen unterbleiben. Für uns christliche Arbeiter aber heißt es aus solchen Versammlungen lernen, immer noch mehr Aufklärungsarbeit gegen solche Verbrechen in die breiten Massen tragen, unermüdet für unsere Bewegung zu agitieren, dann können solche „Sufarenritte“ vom höchsten Vorhölzer, das allerdings einem „Gequack von Fröschen“ ähnlich ist, uns nur nützlich sein.

**Madollzell.** In unserer gutbesuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 2. Mai referierte unser Bezirksleiter Kollege Engel-Strasbourg über die Forderung der christlichen Gewerkschaften am hiesigen Plage. Zunächst greifend bis auf die ersten Anfänge der Gewerkschaftsbewegung führte er den Kollegen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter klar vor Augen. Die Notlage des einzelnen Arbeiters könne nur durch einträchtiges Zusammenarbeiten in den Gewerkschaften beseitigt werden. Zwar habe sich die Lohnlage in etwas gehoben, jedoch mit der Steigerung der Wohn- und Lebensmittelpreise nicht Schritt gehalten. Im Gange einer Statistik wies er nach, daß eine vierköpfige Arbeiterfamilie zu ihrem Lebensunterhalt ein Jahreseinkommen von mindestens 1400 Mark benötige, um ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können. Wer nur ein kleiner Teil des Arbeiterstandes habe dieses Einkommen. Gerade die hiesigen Arbeiter hätten es sehr notwendig, sich zu organisieren, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erringen zu können. Die Kollegen auffordernd, unermüdet an der Ausbreitung des christlichen Metallarbeiterverbandes tätig zu sein, schloß Redner sein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat.

In der darauffolgenden Diskussion wurde auch die Zeitschrift „Nach Feierabend“ erörtert, und darauf hingewiesen, wie töricht es sei, ein so zweifelhaftes Unternehmen zu unterstützen. Es läge mehr im Interesse der Arbeiter, sich den christlichen Gewerkschaften, besonders dem christlichen Metallarbeiterverband mit seinem gut ausgebauten Unterhaltungsleben anzuschließen, das in der Lage ist, seinen Mitgliedern in jeder Lebenslage einen festen Anhalt zu bieten. In seinem Schlußwort forderte der Vorsitzende Kollege Bugge die Anwesenden auf, das Gehörte in die Tat umzusetzen, kräftig an der begonnenen Hausagitation mitzuwirken, zum Segen des einzelnen wie der gesamten Arbeiterschaft.

In unserer letzten Mitgliederversammlung am 22. Mai kam ein erbarmlisches Denunziationsstückchen mehrerer auch Kollegen zur Sprache. Zwei unorganisierte Dreher — darunter ein früherer Hirsch-Dunder — hatten nämlich unseren Vorsitzenden beim Meister anzuschwärzen und damit in seinem Arbeitsverhältnis zu schädigen versucht. Der saubere Plan ist aber nicht gelungen, da sich unser Vorsitzender nicht hatte zuschanden kommen lassen. Die Handlungsweise der beiden Lucharbeiter wurde mit den schärfsten Worten gebrandmarkt, zumal einer der Angeber auch noch Arbeiterauschlußmitglied sein will. Ein netter „treter“ der Arbeiter! Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, worin die grundlose Denunzierung aufs schärfste verurteilt und dem Vorsitzenden Kollegen Bugge das vollste Vertrauen der Mitglieder ausgesprochen wird.

So hat der Verräterstreich das gemeinsame Band um unsere Kollegen noch fester geschlungen, die Ortsgruppe innerlich nur gefestigt. Mit erneutem Eifer werden wir in der Agitation tätig sein, um auch nach außen an Macht und Einfluß zu gewinnen, damit wir auch hier den praktischen Erfolg der Organisation halb erkennen können. Deshalb müht voran, Kollegen von Madollzell, nicht ruhen und rasten, bis wir am Ziel angelangt sind.

**Reibert.** In unserer hiesigen Industrie drohten in letzter Zeit erste Differenzen zu entstehen, und zwar für die Formier- und Glaserarbeiter. Fünf Fabriken hatten es für notwendig gehalten, den Arbeitern tarifliche Ummachungen anzubieten, was an sich ja zu begrüßen war. Trotzdem aber machten die Arbeiter dagegen Front, nicht gegen die tarifliche Festsetzung der Preise, sondern gegen die teilweise enorme Reduzierung der bisherigen Löhne. Mit dem 1. Juni sollten die neuen Sätze in Kraft treten.

Demgegenüber sandten die Arbeiter ihrerseits frühzeitig Gegenanschläge ein mit dem Ersuchen, das Inkrafttreten auf einen späteren Termin zu verlegen. Von jenen des christl. Metallarbeiterverbandes wurde in derselben Weise verfahren. Als nun am 1. Juni die Arbeiter in den betreffenden Betrieben sich weigerten, die Arbeit auszuführen, bevor nicht inbezug der künftig auszu zahlenden Lohnsätze Klarheit geschaffen, wurden sie sämtlich vorläufig nach Hause geschickt und es schien, als solle eine Machtprobe versucht werden. In vier Tagen waren aber die Differenzen auf der ganzen Linie aus dem Wege geräumt, da die Fabrikanten erklärten, dann wieder nach den alten Preisen auszahlen zu wollen. Am Freitag, den 4. Juni war überall die Arbeit wieder aufgenommen. Der christliche Metallarbeiterverband hätte es mit Freuden begrüßt, wenn es bei dieser Gelegenheit zu tariflichen Ummachungen gekommen wäre, was sowohl für Fabrikanten als auch für die Arbeiter nur von Nutzen hätte sein können, weil dadurch der Schmutzkonkurrenz hüten wie drüben die Flügel beschritten worden wären. Hoffentlich gelingt dies später. P. S.

**Soziales.**

**Das Bevölkerungswachstum auf dem heutigen Reichsgebiete seit dem Jahre 1816.**  
 Ueber das Bevölkerungswachstum im heutigen Deutschen Reich haben wir seit dem Jahre 1816 ziemlich es-

naue Nachweisungen. Nach einer statistischen Aufnahme vom Jahre 1816 wohnten im Deutschen Reich (Elsaß-Lothringen eingerechnet) 24 833 000 Menschen, es wurden aber gezählt 60 641 000 Bewohner nach der Volkszählung vom Jahre 1905 und jetzt wird man die deutsche Bevölkerung Deutschlands auf mindestens 68 Millionen einschätzen können.

Nach Beendigung der Befreiungskriege in den Jahren von 1816 bis 1825 war eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen, wie sie in gleicher Höhe erst wieder die industrielle Hochkonjunktur von 1895 bis 1905 brachte. Von 1816 bis 1820 vermehrte sich die Bevölkerung jährlich um 1,49 Prozent, und von 1820 bis 1825 betrug die jährliche Bevölkerungszunahme immer noch 1,342 Prozent.

### Ein Delegiertentag der Arbeitervertretervereinigungen von Aachen und Umgebung

wurde am 16. Mai in Aachen abgehalten. Vertreten waren die Orte Aachen, Aachen-Burtscheid, Cupen, Vaals, Wilsfelen, Düren, Hergenrath, Gilendorf, Haaren, Stolberg, Cornelmünster, Brand, Altenberg, Rohlscheid. Geleitet wurde die Veranstaltung von dem Beamten des christlichen Gewerkschaftsartikels für Aachen-Umgebung, Kollegen Königshoen. Dieser referierte, nachdem die Formalitäten und Begrüßung erledigt, über die Aufgaben der Arbeitervertretervereinigungen. Redner erörterte das nähere die Tätigkeit der Arbeitervertretervereinigungen in Sachen der Orts- und Betriebskrankenkassen, Gewerkschaften, Schiedsgerichten, immer darauf hinweisend, daß für diese nur Männer in Frage kommen, die das Zeug, d. h. Wissen und Rückgrat, als Arbeitervertreter haben.

Bei Erörterung der Stellungnahme zu einzelnen Gesetzen auf sozialpolitischem Gebiete stritt Redner auch den vor einigen Tagen gerichtlich ausgetragenen Fall des Ortsartikelles Düren, worin das Thema zur Verhandlung stand, ob eine f. Jt. abgehaltene Versammlung eine politische gewesen sei oder nicht. Aachen und Düren hätten in ihren Statuten einen Passus, wonach auch zu den sozialpolitischen Gesetzen Stellung genommen werden könne. Redner sprach für Befreiung dieses Passus und forderte zum Schluß zu weiterer strebsamer Arbeit im Dienste der guten Sache auf. An den Vortrag schloß sich eine höchst interessante Diskussion.

Mehrere Redner hielten es für gefährlich, die Arbeitervertretervereinigungen als politische Vereine anzumelden. Der von einer Seite befürworteten Zentralisation der Vereinigungen wurde ein Zusammengehen von Fall zu Fall, wie z. B. bei den bevorstehenden Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde entgegengestellt, ein schablonisiertes Arbeiten sei nicht angebracht.

In einem groß angelegten Referate sprach Kollege Müller, Krankenkassenbeamter, über die Reichsversicherungsordnung. Ein Eingehen auf dieses Referat können wir uns erparen, da wir in dieser Zeitung das Thema ausführlicher behandeln.

Die Veranstaltung wird nach den verschiedensten Seiten hin ihr Gutes zeitigen, das lassen die Anregungen und Vorschläge, die gegeben wurden, wohl erhoffen. Der Vertretertag wird später wiederholt werden.

### Ein weiblicher Schmied.

Vor der Prüfungskommission in Bernburg, so berichtet die „Süd. Volksztg.“ unterm 27. Mai aus Dessau, legte Fräulein Pauline Sonntag vor einigen

Tagen ihre Meisterprüfung im Schmiedehandwerk ab. Ihre Gesellenprüfung hatte sie vor einem Jahre mit Erfolg bestanden. Als Prüfungsstück zur Meisterprüfung hatte sie im Beisein der Prüfungskommission eine Krümmerschere geschmiedet und ein Pferd beschlagen. Auch im fachlichen Zeichnen, in der Buchführung, Wechsellehre, Geometerkunde und Kalkulation war sie sehr gewandt, so daß sie die Gesamtnote „recht gut“ erhielt. Fräulein Sonntag steht im 84. Lebensjahre und hat bereits seit zehn Jahren ihrem Vater im Schmiedehandwerk geholfen. Während einer längeren Krankheit des Vaters hat sie schon die Schmiebede allein geführt.

Alle Achtung vor dieser resoluten Schmiedstochter. Falls sie sich verheiraten wollte, müßte die Schmiedemeisterin als Ergänzung zu ihrem Lebensberuf einen Mann nehmen, der am Kochtopf und im Hauswesen Weisheit wüßte und die sich jedenfalls nicht so selten, wie Frauen, die mit Hammer und Amboss umzugehen wissen.

### Soziale Wahlen.

#### Wahlerfolg der christlichen Arbeiterschaft Nürnberg.

Die Beisitzerwahlen für das Gewerbegericht erfolgten am 19. Mai zum erstenmal nach dem Verhältniswahlssystem. Der Vergleich mit der vorletzten Wahl zeigt folgendes Resultat:

|                | 1909   | 1906  | Mehrung | in Prozent |
|----------------|--------|-------|---------|------------|
| Soziald.-Liste | 13 747 | 9 053 | 3 794   | 38         |
| Christl. "     | 1 294  | 828   | 464     | 56         |
| Hirsch-D. "    | 550    | 550   | 0       | 0          |

Bei der Wahl 1906 hatte die Sozialdemokratie größere Anstrengungen nicht notwendig, die Mehrheit war ihr ja doch sicher in der alten Hochburg. Diesmal aber galt's den Beisitzstand zu wahren in Rücksicht auf das Proporzsystem. Trotzdem hatte die christliche Liste prozentual den stärksten Zuwachs. Zudem standen der sozialdemokratischen Liste eine weit größere Zahl von Arbeitslosen und Streckenden für den Wahlzettel zur Verfügung als den anderen Gruppen. Beisitzer erhalten die sozialdemokratische Richtung 16, die christliche Arbeiterschaft 1 und die Hirsch-Dunkerischen 1. Letztere kamen nur noch durch ihre Bruchzahl zur Geltung, während die christliche Liste fast 2 Beisitzerstellen errungen hätte. Das letztere wird die künftige Aufgabe sein. Mit Genugtuung kann dann registriert werden: „Auch in der roten Hochburg vorwärts!“

### Verichtigung.

In der vorigen Nummer des Organs (Nr. 28) ist unter „Selbstmord an die Hauptkasse“ bei Mecheritz ein Fehler unterlaufen. Es muß heißen: Mecheritz 191.85 Mk. nicht 219.26 Mk.

### Briefkasten.

Nach Danzig. Arbeitslose Kollegen, denen das Wohl des Verbandes am Herzen liegt, werden sich selbstverständlich zum Verteilen von Flugblättern oder sonstigen Arbeiten im Dienste der Organisation bereit finden. Wenn sie es beharrlich verweigern, so ist das sehr verwerflich und das Zeichen, daß sie nur aus egoistischen Beweggründen der Organisation angehören. — Mehrere Einsendungen mußten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

### Sterbetafel.

**Astfeld.** Am 14. Mai starb nach langer Krankheit unser Kollege **Daniel Jmenzath**, an einem Gehirnleiden.

**Offenbach.** Am 2. Juni starb unser Kollege und Mitbearbeiter der hiesigen Ortsverwaltung **Sebastian Oberle, Gürtler**, im Alter von 30 Jahren an Lungenleiden.

**Ameru St. Georg.** Unsere Kollegin **Maria Magdalena Siepen** ist am 31. Mai 1909 im Alter von 37 Jahren gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

### Agitationsbezirk Aachen

Die 42jährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 2 Uhr in Aachen im Gewerkschaftshaus, Pontstraße 56 statt.

Sämtliche Zahlstellen und Sektionen müssen durch einen Delegierten vertreten sein. Die Tagesordnung wird den einzelnen Zahlstellen und Sektionen zugeleitet werden. Anträge müssen schriftlich bis zum 24. Juni bei der Bezirksleitung eingereicht werden.

### Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

**Astfeld.** Sonntag, den 15. Juni, Delegiertenversammlung der Bezirksgewerkschaft, wozu die Delegierten der Frau Sophienstraße freundlichst eingeladen ist. Pünktlich 8 Uhr bei Gastwirt Linge, Astfeld.

**Aachen.** Montag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Blum, Franzstraße 4/43 Versammlung der Arbeitervertreter-Vereinigung.

**Münster.** Samstag, den 12. Juni, Versammlung mit Vortrag des Bezirksleiters Masche. Thema: „Arbeitskammern und die Stellung der verchiedenen Berufsorganisationen zu denselben.“

**Münster.** Sonntag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Ww. Mehring Nordtor.

**Bremen.** Samstag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Marienburg am Steffensweg. Referent: Zweiter Verbandsvorsitzender Kollege Klost, Essen.

**Dortmund-Bildinghausen.** Samstag, den 12. Juni, abds. 7 Uhr Versammlung bei Wöllmann.

**Dortmund-Boor.** Sonntag, den 13. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Kindert.

**Dortmund-Rinnen.** Donnerstag, den 10. Juni, abds. 6 1/2 Uhr Versammlung bei Hoppe.

**Dortmund-Rinnen.** Sonntag, den 13. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Wöllmann.

**Duisburg I.** Nächste Mitglieder-Versammlung findet nicht Sonntag, sondern ausnahmsweise am Samstag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Arbeiterheim, Seitenstr. 19 statt. Bericht von der Bezirkskonferenz.

**Eisenach.** Samstag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Lid.

**Essen (Schloffer, Klempner, Schmiebede).** Samstag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Krohnhauserstraße.

**Essen-Altenhof.** Sonntag, den 13. Juni, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Wini, Altenhofstraße.

**Essen-Grütrop.** Sonntag, den 13. Juni, vormitt. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Stattrop, Eteelerstraße.

**Essen-Werden.** Sonntag, den 13. Juni, vormitt. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Rimmerskamp, Ruhrstraße.

**Essen-Stadt.** Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19

**Essen-Kellinghausen.** Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Köhne, Hauptstraße.

**Essen-Mittenscheid.** Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Waldney, Mittenscheidstraße.

**Essen-Frohnhausen.** Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Köhnen, Frohnhauserstr.

**Essen-Krah.** Samstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Freitag, Grenzstraße.

**Essen-Altenessen.** Sonntag, den 20. Juni, abends 6 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Körner, Segevothstraße.

**Essen-Eggeroth.** Sonntag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Büsch, Segevothstraße.

**Frankfurt a. M.** Freitag, den 11. Juni, abends 6 Uhr bei Christ, Böhmerstraße: kombinierte Monatsversammlung aller unserer Kollegen von Lademeyer und Klüver. Da bei dieser Versammlung ein sehr wichtiger Punkt zur Besprechung steht werden die Kollegen erucht, vollständig zu erscheinen. Auch Inabwesende können eingeführt werden.

**Geisweid.** Sonntag, den 13. Juni, findet im Lokale Schärer unsere Mitglieder-Versammlung statt. Thema: Bericht über die Bezirkskonferenz.

**Gleiwitz.** Jeden Samstag, nach dem 1. und 15. jeden Mts. Mitglieder-Versammlung im Lokale „zur Stadt Troppan“, Oberwallstraße.

**Gelsenkirchen-Bulmke.** Freitag, den 11. Juni, abends 8 Uhr bei Wäsche.

**Gelsenkirchen-Schalke.** Sonntag, den 13. Juni, vormitt. 11 Uhr bei Regenr. Vortrag des Bezirksleiters Hirtjäger.

**Gelsenkirchen-Vordel.** Sonntag, den 13. Juni, vormitt. 11 Uhr bei Schuk, Mühlentstraße. Die Kollegen von Hücklingshausen sind hierzu mit eingeladen.

**Hadde.** Sonntag, den 13. Juni, morgens 11 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus Feinr. Weber, Kölnnerstraße. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung darf keiner fehlen. Unorganisierte sind willkommen.

**Hils.** Samstag, den 12. Juni, abends 7 Uhr Versammlung bei Leutenböhrer.

**Kattowitz.** Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im neuen Schützenhaus, Nikolstr. Mitglieder-Versammlung.

**Königsbrunn (Oberschlesien).** Jeden letzten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Janotta. In diesem Monat findet dieselbe am 29. Juni (Peter und Paul) statt. — Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Unterrichtslehre ebenfalls.

**Königsbrunn.** Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 4 Uhr, große öffentliche Versammlung bei Nowak Gasthof „Graf von Polke.“

**Karlsruhe.** Samstag, den 12. Juni, abends 1/9 Uhr Versammlung. Die Adresse des Kassierers lautet: Anton Bechtold, Essenerstraße 192. Das Lokal befindet sich Kaiser-Wille 27, Restauration Seithel.

**München.** Samstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr im Kollegenarten Vertrauensmännerfrüher der Kollegen von den Großbetrieben.

**München.** Samstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im Kollegenarten, Schwanthalerstr. 18 Monatsversammlung mit Vortrag über „Arbeiterverhältnisse in England.“ Referent: Verbandssekretär Kollege Krüger.

**Osnabrück.** Jeden 2. Sonntag im Monat Vorstand's- und Vertrauensmännerfrüher. — Neben letzten Sonntag Mitglieder-Versammlung im Verbandslokal Ethier, Johannesstr. 86. Die Wander- und Erwerbslosen-Unterstützungen werden bei dem Kollegen Eiers, Mellestr. 119, ausbezahlt.

**Schweinfurt.** Samstag, den 12. Juni, im Ostengarten öffentliche Versammlung. Referent: Kollege Konrad-Nürnberg.

**Willingen (Baden).** Montag, den 14. Juni, findet im Löwen eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Verbandsvorsitzender wieder referieren wird. Hierzu sollen alle Mitglieder erscheinen, auch diejenigen, welche den Verband nur kennen, wenn sie Unterstützung wollen, ebenfalls die patentierten Versammlungsgewerkschaften. Unorganisierte mitbringen.